

Offene Fragen der Geschichte Band 4

Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Band 4/004

Chronik von 1912 bis zum 3. August 1914

1912

Alle sind Irre; aber wer seinen Wahn zu analysieren versteht, wird Philosoph genannt. <i>Ambrose Bierce (1842-1914, nordamerikanischer Journalist)</i>

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich fühlt sich zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängert am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre. Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg (1856-1921) warnt im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<

Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erkämpft im Jahre 1912 schon 110 von 398 Mandaten und wird erstmalig stärkste Partei des deutschen Kaiserreiches (x063/428).

Der Katholik und linksliberale Politiker Eduard Windthorst (1834-1914) erklärt im Jahre 1912 zur Frauenbewegung (x261/162): >>Man könnte versucht sein, sich mit der Äußerung des Widerwillens zu begnügen und anzunehmen, daß die ganze Bewegung bald dem verdienten Spotte anheimfallen werde. Eine solche Annahme findet ihre Rechtfertigung schon in der Erwägung, daß in der psychischen und in der physischen Natur des Weibes ein unübersteigliches Hindernis liegt, den unbegrenzten Wettbewerb mit dem Manne aufzunehmen.

Man braucht doch nur an gewisse, mit der weiblichen Natur unabänderlich verbundene, oder infolge der Ehe sich ergebende Zustände zu denken, in denen auf kürzere oder längere Zeit die Arbeitsfähigkeit ganz aufgehoben oder doch erheblich vermindert ist. ...<<

Houston S. Chamberlain schreibt im Jahre 1912 (x233/160): >>Gute und schlechte Menschen gibt es nicht, für uns wenigstens nicht, nur vor Gott. ... Dagegen gibt es recht wohl gute und schlechte Rassen (der Satz wird auf die Juden bezogen) ...<<

Polnische "Vorkämpfer der Freiheit" hetzen im Jahre 1912 (x064/123): >>Die Deutschen morden unsere Seele, impfen den Kindern den preußischen Geist ein, germanisieren sie mit der Knute! Und jetzt rauben sie uns den Boden. Diesen Raub nennen sie Enteignung und nennen die Vergiftung der Seele "Verbreitung der Kultur".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die Deutschfeindlichkeit der Polen (x025/182): >>... Über 100 Jahre Fremdherrschaft seit den "polnischen Teilungen" von 1792/95 dürften auch dazu beigetragen haben, nationale Leidenschaften freizusetzen.

Tatsache ist jedenfalls, daß sich spätestens im 19. Jahrhundert in Polen ein Nationalismus und damit ein Fremdenhaß entwickelte, von dessen Intensität und Verbreitung sich andere Völker mit weniger hitzigem Temperament kaum eine Vorstellung machen können. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jedenfalls war die politische Rechte die tragende Kraft; mit wenigen Ausnahmen standen die polnischen Historiker, Schriftsteller und Journalisten rechts, und Deutschenhaß und Judenhaß gingen Hand in Hand.

Deutschfeindliche Literatur erreichte die höchsten Auflagen. Der Romancier Maciej Wierzbinski schrieb über "den Deutschen": "Er besitzt sogar die charakteristische Eigenschaft, daß ihm das Brot, das er dem Nächsten aus dem Mund reißt, am besten schmeckt."

Für den exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski war die deutsche Nation "vergiftet bis ins Innerste", und ähnliche Glaubensbekenntnisse legten seine Minister Zaleski und Sayda ab. Sie formulierten später im großen, was dem Mann auf der Straße aus seinem Sprichwortschatz bekannt war: "Hau ihn, denn er ist ein Deutscher" oder "100 Jahre soll leben, wer den Deutschen in die Fresse schlägt" (Trinkspruch aus Mittelpolen). ...<<

Im Deutschen Reich leben im Jahre 1912 etwa 30.000 Millionäre (x074/1007). Zu den reichsten Deutschen zählen Kaiser Wilhelm II. und Bertha Krupp (1886-1957, Eigentümerin und Leiterin der Krupp AG in Essen).

Österreich-Ungarn: Um die österreichischen Militärbehörden abzuschütteln und weil ihm ab 1912 die nötigen Mittel fehlen, übernachtet Hitler fast nur noch in Männerwohnheimen oder im Obdachlosen asyl. Dort fällt der schwächliche junge Mann bereits durch seine fanatischen Reden und radikalen Ansichten auf. Ansonsten ist Hitler dauernd vor irgendwelchen Gläubigern und der österreichischen Musterungskommission (seit 1909) auf der Flucht.

Im Verlauf seines unsteten Lebens trifft der verbitterte, kleinbürgerliche und naive Hitler in Wien zahlreiche fanatische und zwielichtige Gestalten, die sein weiteres Leben entscheidend beeinflussen (wie z.B. die stadtbekanntesten Judenhasser Karl Lueger und Adolf Lanz sowie den fanatischen Nationalisten Georg von Schönerer, der später Hitlers politische Leitfigur wird).

Hitler kennt keine Langeweile, denn der arbeitsscheue Lebenskünstler ist ein fanatischer Leser. Während seiner Lesesucht "verschlingt" Hitler praktisch jeden Lesestoff, den er bekommen kann. Er liest Broschüren, Bücher und Zeitschriften über Religion, Militär, Medizin, Kunst und primitive, rechtsradikale Gelegenheitslektüre. Hitler erwirbt dadurch zwar ein umfangreiches, aber oftmals nur naives und äußerst oberflächliches Allgemeinwissen.

Hitler, der unerschütterlich an sein unwissenschaftliches, begrenztes Weltbild glaubt, entwickelt sich allmählich zu einer Person, die kein selbstkritisches bzw. normales Urteilsvermögen mehr besitzt. Hitlers Weltanschauung wird besonders durch primitive Rassentheorien beeinflusst. Er verliert schon bald jegliche christliche, humane Gesinnung.

In Hitlers Wahnvorstellungen nimmt vor allem der Antisemitismus eine Sonderstellung ein. Der jüdische Mensch wird für Hitler zu einem "Untermensch" und Parasit der Völker, der ausgemerzt werden muß.

Rußland: Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigen am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft.

Rußland baut mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkt das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).

Lenin und sein späterer Mitarbeiter Stalin unterstützen die erstmals im Jahre 1912 in Sankt Petersburg erscheinende bolschewistische Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit").

Balkanstaaten: Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schließen sich im Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische

Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führt (1911/12), nutzt der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und greift das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken werden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und müssen Mazedonien räumen. Italien verhindert aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei (1. Balkankrieg 1912).

Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß (2. Balkankrieg 1913) und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt (mit Ausnahme von Konstantinopel und Adrianopel) und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.

Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche (1913). Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.

Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag (Wehrvorlage 1913).

Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<

Frankreich: Der französische Botschafter Paul Cambon (1843-1924) schreibt im Januar 1912 aus London an Ministerpräsident Raimund Poincaré (x307/328): >>... Gegen Österreich hegt es (Italien) eine latente Feindseligkeit, die nichts besänftigen kann; was Frankreich betrifft, haben wir Grund zu der Annahme, daß es (Italien) im Falle eines Konflikts neutral bleiben oder wahrscheinlich den Gang der Ereignisse abwarten werde, ehe es sich beteiligt. Folglich müssen wir es (Italien) unbedingt enger an uns binden.<<

Albanien: Das "Unabhängigkeitslied" des Aleksander Stavre Drenova (1872-1947) wird im Jahre 1912 zur Nationalhymne Albaniens erklärt (x230/9):

>>Die Fahne, die im Kampf uns einte,
Bereit zum Schwur uns alle fand;
Ein Sinn, ein Ziel, bis frei vom Feinde
Und ohne Schmerz ist unser Land.
Wir stehn im Kampf für Recht und Freiheit,
Des Volkes Feinde stehn allein.
Der Held sein Leben unserm Lande weihet,
Noch sterbend wird er tapfer sein.

In unsern Händen blitzen Waffen,
Sie geben unserm Lande Schutz.

Sie sichern uns das Recht zum Schaffen
Und bieten jedem Feinde Trutz
Wir stehn im Kampf ...<<

Spanien: José Canalejas y Méndez (seit 1910 spanischer Ministerpräsident, ein liberaler Politiker), der sich erfolglos um wirtschaftliche Reformen einschließlich Respektierung der Monarchie bemüht, wird am 12. November 1912 von einem Anarchisten erschossen.

Großbritannien: Die englische Flotte verfügt im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).

Der britische Diplomat Harold G. Nicolson (1886-1968) berichtet im Jahre 1912 (x307/698): >>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die britische Aufrüstung vor dem Ersten Weltkrieg (x281/282): >>... Es begann in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts noch sehr verhalten und beschleunigte sich im Verlauf der 90er. Die jährlichen britischen Militärausgaben verdoppelten sich von da an bis zum Kriegsausbruch.

Sogar die geplante Militärstrategie ließ sich am veranschlagten Wehretat ablesen, so daß jeder Kundige in Kontinentaleuropa vorhersehen konnte, wie er später angegriffen würde, ob zu Lande, aus der Luft oder vom Wasser her.

Die britische Marine meldete die größten Zuwachsraten. Von 1885 bis zum Kriegsjahr 1914 vervierfachte sich ihr jährlicher Etat. Die Engländer, das war die Botschaft an das übrige Europa, bereiteten sich auf einen Seekrieg vor. Den hatten sie seit jeher bevorzugt, er hatte sich aus Sicht der Militärs bestens bewährt. ...<<

Winston Churchill (Erster Lord der Admiralität) greift die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<

Die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte werden im Februar erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse macht. England lehnt es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt wird (x059/19).

Großbritannien schließt danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtet sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

Das als unsinkbar geltende britische Passagierschiff "Titanic" rammt am 14. April 1912, um 23.40 Uhr, während der Jungferreise im Nordatlantik einen Eisberg und sinkt nach 2 Stunden und 40 Minuten. Bei dieser Schiffskatastrophe sterben 1.503 Passagiere und Besatzungsmitglieder (x175/101-101).

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet damals über den Untergang der "Titanic" (x269/147): >>Die furchtbare Katastrophe, die den Untergang des Riesendampfers "Titanic" zur Folge hatte, hat in der ganzen Welt Schrecken und Aufregung verursacht. ...

Es stellte sich bald heraus, daß vom menschlichen und schiffstechnischen Standpunkt aus die schwersten Fehler gemacht worden sind. Die Leitung der "Titanic" hat gewußt, daß sie durch die gefährlichste Strecke der Eisdrift fuhr, man hat vom Schiff aus selbst Eisberge gesichtet; trotzdem lief der Dampfer mit einer Geschwindigkeit von 23 Seemeilen, d.h. 42 Kilometer in

der Stunde.

Das Wetter war sichtig und klar, also muß der Ausguck, dieser ungeheuer wichtige Posten, schlecht besetzt gewesen sein, sonst hätte man das Nahen des Eisberges bemerken müssen. Der schwerste Fehler aber war die ungenügende Zahl der Rettungsboote, die kaum ein Drittel der Passagiere fassen konnten. Und diese Boote sind oft halbleer abgefahren, was nicht für die angebliche Ruhe bei der Ausbootung spricht.

Die amerikanische Regierung hat eine Untersuchungs-Kommission von Senatoren eingesetzt, die Herrn Ismay (Direktor der White Star Linie) vernommen hat. Direktor Ismay, der sich ständig von Detektiven bewachen läßt, leugnet, den Kapitän zu einer Rekordfahrt veranlaßt zu haben. Wie auch das Verfahren endigen wird, den Schuldigen, den ungesunden Konkurrenz-Ehrgeiz der Schiffahrtsgesellschaften, wird man kaum treffen – und 1.635 Menschen und viele Millionen Werte liegen vernichtet auf dem Meeresgrund.<<

USA: New Mexiko und Arizona werden im Jahre 1912 US-Bundesstaaten.

US-Präsident William Taft (1857-1930, von 1909-1913 Präsident der USA) erläutert im Jahre 1912 die "Dollardiplomatie" der Vereinigten Staaten (x056/136): >>Erstens ist es offensichtlich, daß die Monroe-Doktrin in der Nachbarschaft des Panamakanals und im Gebiet der Karibischen See lebenswichtiger ist als irgendwo sonst ...

Es ist daher notwendig, daß die Länder in diesem Gebiet der Gefahr entzogen werden, die durch hohe Auslandsschulden und chaotische Staatsfinanzen entsteht und ständig die Möglichkeit internationaler Verwicklungen aufgrund der inneren Unordnung in sich birgt. Deshalb haben die Vereinigten Staaten mit Freude die amerikanischen Bankiers ermutigt und unterstützt, die bereit waren, jenen Ländern bei der Sanierung ihrer Finanzen hilfreich beizustehen ... Hierdurch ist mit einem Schlag die Bedrohung durch ausländische Gläubiger und durch revolutionäre Wirren beseitigt worden.

Der zweite Vorteil für die Vereinigten Staaten betrifft vor allem die Häfen am Golf und die Wirtschaft der Südstaaten. Die Republiken Mittelamerikas und der Karibischen See besitzen große natürliche Reichtümer. Sie benötigen lediglich ein gewisses Maß an Stabilität und die Mittel zur finanziellen Gesundung, um einer Zeit des Friedens und Wohlstands entgegenzusehen, die ihnen Gewinn und Glück bringt und gleichzeitig Bedingungen schafft, die mit Sicherheit einen blühenden Handel mit uns entstehen lassen.<<

Afrika: Marokko wird im Jahre 1912 ein französisches Protektorat. Spanien erhält das Rifgebiet.

1913

Es gibt für unzählige nur ein Heilmittel - die Katastrophe.

Christian Morgenstern (1871-1914, deutscher Dichter)

Deutsches Reich: Im Reichstag diskutieren die Abgeordneten am 14. Januar 1913 über das besondere Dienstverhältnis der Beamten (x056/257): >>Das Beamtenverhältnis ist nicht bloß ein Vertrag über bestimmte einzelne Arbeitsleistungen, sondern es ist ein Dienstvertrag, ein Treuevertrag, der die ganze Person umfaßt, ein Verhältnis der Treue, die durch den Eid beschworen ist, in welchem dem König Gehorsam und der Verfassung und des Gesetzen Befolgung zugeschworen wird.

Mit solchem Eid, mit dem Eingehen eines solchen Treueverhältnisses ist die Zughörigkeit zu einer Partei (SPD, 1913 = 110 Sitze im Reichstag), die die Republik erstrebt und dieses Ziel auf dem Wege der Gewalt und Revolution erreichen will, unvereinbar. ...<<

Da die österreichischen Behörden den wehrflüchtigen Hitler verstärkt verfolgen und ihm bereits dicht auf den Fersen sind, flüchtet Hitler im Mai 1913 nach München und gibt sich dort als Staatenloser aus.

Der "Dreibund" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Italien) beschließt am 7. September

1913 in Bad Salzbrunn (Schlesien), daß der "Dreibund" im Kriegsfall wie ein einzelner Staat handeln muß (x092/729).

Nach der französischen und russischen Heeresvermehrung der Vorjahre wird das deutsche Heer auf rund 800.000 verstärkt (x054/164). Die Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht kann jedoch im Frieden kaum vor 1917 wirksam werden (x098/41).

Nach den sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) versucht der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser angeht, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien.

Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wird von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...

Das Kaiserreich ... zeichnete sich durch einen kontinuierlichen Zuwachs aus, ohne daß eine zuvor eingetretene Katastrophe kompensiert werden mußte. Die Bevölkerung steigt kontinuierlich, von 40 Millionen Menschen zur Zeit der Reichsgründung auf 68 Millionen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Obwohl die sogenannte "Fruchtbarkeit" schon etwa seit 1900 zu sinken beginnt, werden im Deutschland des Jahres 1913 rund dreimal so viele Kinder geboren wie heute.

Das Wachstum der Bevölkerungszahl resultiert aber vor allem aus einer steigenden Lebenserwartung. Der Reihe nach entdeckten Robert Koch und seine Schüler die Erreger der Volksseuchen, der Tuberkulose, der Cholera, des Typhus, der Diphtherie, der Meningitis und schließlich auch der Syphilis. Die Zahl der Krankenhäuser steigt enorm, in ihnen werden jetzt Röntgendiagnostik und Narkose bei Operationen praktiziert, Hygiene wird zum lebenserhaltenden Stichwort, in den Städten setzen sich Kanalisationen durch.

Unbestreitbar lastet auch wie anderenorts in Europa, die soziale Frage auf Deutschland. Das Proletariat bleibt deklassiert. Aber auch für die Arbeiter geht es, mühsam genug, aufwärts. Der Index der Reallöhne, nimmt man das Jahr 1895 mit 100, steigt von 66 im Jahr 1871 auf 125 im Jahr 1913. Gravierend verbessert sich in Deutschland, auch für die Arbeiter, die Ernährung. Thomas Nipperdey konstatiert, es habe in der weiteren Entwicklung des Kaiserreiches "keinen ausgeprägten Hunger mehr und keine massenhafte, dauernde, strukturelle Unterernährung" gegeben. ...

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zwischen 1870 und 1914 verläuft nicht krisenfrei; sprichwörtlich ist die sogenannte "große Depression" geworden, die schon fünf Jahre nach der Reichsgründung ausbricht; sie nimmt ihren Ausgang vom Platzen großer Spekulationsblasen an den europäischen Börsen. In Deutschland hatte es ein zusätzlich stimulierendes Moment gegeben, die französischen Reparationsleistungen.

Aber insgesamt haben wir es doch unbestreitbar mit einem kontinuierlichen Aufschwung der

deutschen Volkswirtschaft zu tun, basierend auf starker Nachfrage nach Investitionen, auf einer auch im internationalen Vergleich sehr jungen, leistungsfähigen und leistungswilligen Bevölkerung und auf einem international herausragenden Niveau in Forschung und beruflicher Bildung. So liegt in den fünf Jahren von 1896 bis 1900 die Zahl der relevanten physikalischen Entdeckungen auf den Gebieten von Wärme, Licht, Elektrizität und Magnetismus durch deutsche Forschungsleistungen bei 525, durch britische und französische bei 392.

Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.

Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten.

Den sogenannten Junkern ist dies vielfach ein Graus: Die höheren Löhne in den Fabriken, die ihre Landarbeiter anziehen, die "gräßliche" Flotte, die Wilhelm II. bauen will, diese ganze Welt der rauchenden Schloten, der Labors, des unentwegten technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Aber auch sie profitieren durchaus davon, die Chemie läßt auch ihre Bodenerträge steigen.

Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.

Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.

So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.

In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. In der deutschen Elektrizitätsindustrie stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter allein in dem guten Jahrzehnt 1900 bis 1911 von 61.833 auf 169.123.

An der Weltproduktion von schwefelsaurem Ammoniak im Umfang von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 1913 hat Deutschland allein einen Anteil von 490.000 Tonnen, also knapp 40 Prozent. Im zweiten Band des ungewollt als eine Art Schlußbilanz erschienenen Werkes "Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." aus dem Jahr 1914 – ungewollt deshalb, weil der Kriegsausbruch kurz danach dieser Welt des ungebrochenen Aufschwunges ein abruptes Ende setzte – wird eine stolze Summe der ökonomischen Erfolge des Deutschen Reiches gezogen. ...

Nicht gänzlich zu Unrecht wird die ökonomische Position Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg vielfach mit der heutigen Chinas verglichen. Auch hier eine dynamisch aufstrebende, junge, die Exportmärkte usurpierende Macht. ...

Obwohl der Lebensstandard der Menschen in Deutschland vor 100 Jahren deutlich, um ein Mehrfaches, in gewisser Weise sogar um ein Vielfaches unter dem heutigen lag, war es eben zugleich insgesamt ein deutlich aufstrebendes Land mit einer international viel stärkeren Position, als es sie je danach noch einnehmen konnte.

Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

Das Deutsche Reich und England einigen sich 1912/13 über die Auf- und Verteilung von portugiesischen Kolonien (x098/39-40).

Karl Helfferich (1872-1924, Bankier und Politiker, von 1901-17 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig, ab 1920 führendes Mitglied der DNVP) schreibt im Jahre 1913 über die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonien (x239/208): >>Der Gesamthandel der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee (Einfuhr und Ausfuhr) hatte im Jahre 1898 erst 46,6 Millionen Mark betragen, im Jahre 1912 stellte er sich auf 263 Millionen Mark; er hatte sich also in einem Zeitraum von 14 Jahren mehr als verfünffacht. ...

Der direkte Handel Deutschlands mit seinen Kolonien, der 1896 erst 11 Millionen Mark betrug, beläuft sich heute auf beträchtlich mehr als 100 Millionen Mark.

Trotzdem steht die Entwicklung des Deutschen Kolonialreiches auch heute noch in ihren Anfängen. Die Zukunft wird die vielversprechenden Ansätze in der Schaffung eines kolonialen Absatzmarktes für unsere Industrieprodukte und in den für die Erzeugung unserer heimischen Volkswirtschaft wichtigen Kulturen – erwähnt sei vor allem die Baumwollkultur – zu einer für unsere Weltstellung ins Gewicht fallenden Entwicklung zu bringen haben. ...<<

Der deutsche Historiker Percy E. Schramm (1894-1970) schreibt später über die deutschen Kolonien (x239/209): >>Sieht man von dem Kupfer und den Diamanten Deutsch-Südwestafrikas ab, so gab es unter den Produkten der deutschen Kolonien keinen Artikel, der Deutschland auf dem Weltmarkte eine besondere Stärke gab oder in absehbarer Zeit zu geben versprach.

An weißer Bevölkerung wurden in den deutschen Schutzgebieten 1913 gezählt: ... in Afrika 22.405, ... in der Südsee 1.984, ferner in Kiautschou 4.470. Es handelte sich demnach insgesamt um 28.859 Weiße, bei denen noch die in deutschen Gebieten lebenden Ausländer mitgezählt sind. ...<<

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. weiht am 18. Oktober 1913 auf dem Blachfeld bei Leipzig das Völkerschlachtdenkmal ein.

Österreich-Ungarn: Österreich-Ungarn und Rußland verhandeln Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144): >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<

Der tschechische Panslawist Karel Kràmár (1860-1937, 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakei) erklärt damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/25).

Rußland: Der russische Außenminister Sergei Sasonow (1860-1927) informiert im Mai 1913 Nikolaus von Hartwig (1857-1914, seit 1909 russischer Botschafter in Serbien) über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...

Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<

Stalin schreibt im Jahre 1913 in seinem Buch "Nationale Frage und Marxismus" über den Begriff "Nation" (x156/9): >>Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. ... Es muß hervorgehoben werden, daß keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht. Mehr noch: Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört diese Nation auf, eine Nation zu sein. ...<<

Balkanstaaten: Im Verlauf der Bündnisverhandlungen des Jahres 1913 zwischen Bulgarien und Serbien erklärt der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des Balkankrieges (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Als sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen können, greift Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligen sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913).

Bulgarien wird bis August 1913 entscheidend besiegt und muß z.B. Mazedonien, die Dobrukscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges können Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne erzielen, aber Serbien wird trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich verteidigt angesichts der Unterstützung durch das Deutsche Reich (Dreibund) entschlossen die Selbständigkeit Albanien (seit 1912/13 unabhängig) und fordert Serbien auf (Ultimatum vom 18.10.1913), die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzieht, ist die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrt Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

Bulgarien: Am 29. September 1913 vereinbarten Bulgarien und das Osmanische Reich erstmalig eine Bevölkerungsumsiedlung in Europa (jeweils etwa 50.000 Staatsbürger).

Griechenland: König Georg I. (1845-1913, griechischer König seit 1863) wird im Jahre 1913 in Saloniki ermordet.

Osmanisches Reich: Nach den verlustreichen Balkankriegen (1912-13) behält das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete.

Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich müssen sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Der deutsche Journalist Andreas Lombard berichtet später über den Bau der Bagdadbahn (x1.035/...): >>**Eine kleine Geschichte der Bagdadbahn**

Im Herbst 1912 erschien in der "Täglichen Rundschau" der Bericht eines Reisenden. Er hatte in Konstantinopel den Zug nach Ismid, dem antiken Nikomedia, bestiegen. Die neunzig Kilometer lange Strecke, am Beginn der legendären Bagdadbahn, war seit 1872 in Betrieb. Sie folgte dem alten Weg von Kriegerern, Kreuzrittern und Karawanen. Adalbert Zimmermann schrieb:

"Um acht Uhr geht der Zug, und die Eisenbahnen sind in der Türkei pünktlich. Der Bahnhof

von Haidar Pascha ist der größte und prächtigste der Türkei - der architektonische Heroldsruf der Auferstehung Anatoliens zu neuem, europäischem Leben. Ringsum trauern alte Zypressen über stillen Osmanengräbern. Auf dem Bahnsteig ein lärmendes, schwatzendes Durcheinander von Männern im Tarbusch und von Czapkalis - Hutträgern - mit Frauen und Kindern. Hamals (Lastträger) schleppen das Gepäck. Offiziere gehen plaudernd auf und ab, ganz wie die Leutnants zu Hause, nur daß sie nicht flirten, wenigstens nicht wahrnehmbar; denn so etwas gibt es für die Bekenner des Propheten nicht.

Die Türken, die mitfahren, passen von weitem auf, daß ihre Frauen richtig verstaubt werden. Es sind Gemütsmenschen; viele von ihnen fahren erster oder zweiter Klasse, ihre Weiber aber müssen erbarmungslos in das überfüllte Haremlik dritter Güte hinein und richten sich dort zankend und schreiend mit ihren Habseligkeiten ein.

Der Zug ist ziemlich lang. Seine Durchgangswagen sind nach dem Muster unserer Speise- und Schlafwagen gebaut, so daß der Zug als Ganzes einen höchst feudalen Eindruck macht. Auch ein paar Güterwagen laufen mit. Einer davon steckt voller Rekruten, die in der europäischen Türkei ausgehoben worden sind und nun nach irgendeiner Garnison Anatoliens verfrachtet werden."

Die Bagdadbahn war das "Eisenband" um Orient und Okzident. Sie versprach die Verwandlung durstiger Steppen in fruchtbare Felder. Wo sich die Kontinente berührten und die Wege der Großmächte schnitten, wo Völker und Reiche sich über Jahrtausende grausame Kriege geliefert, wo in Antike und Mittelalter reiche Handelsstädte geblüht hatten, da sollten nach Jahrhunderten des Verfalls Frieden und Wohlstand einkehren.

Das syrische Aleppo, verkündete der Orientreisende Paul Rohrbach, werde das Antiochia des 20. Jahrhunderts sein. Befeuert von Babylon und Ninive, von Nebukadnezar und Lawrence von Arabien, von Karl May und den Märchen aus Tausendundeiner Nacht, entwickelte die Dampfmaschine ihre stärkste Kraft. Sie öffnete den Menschen die Weite des Raums und die Tiefe der Zeit. Sie war kein Verkehrsmittel, sie war der Schlüssel zur "Kornkammer Roms", zum biblischen Paradies.

Viele "Osmanli" sahen zum ersten Mal Geld für ihre Arbeit. Die Anführer der in Kleinasien wütenden Räuberbanden wurden Stationsvorsteher der anatolischen Eisenbahngesellschaft. Deutsche Baumwolle wuchs bei Adana, schwäbische Bauern schmiedeten Siedlungspläne und das Osmanische Heer genoß militärische Entwicklungshilfe. Den Bahnhof von Haidar Pascha errichtete die Baufirma "Philipp Holzmann & Cie". Der Schienenstrang nach Mesopotamien galt als das großartigste Unternehmen deutscher Weltpolitik.

Als Deutschland jene Achse, um die sich immer noch die Welt dreht, zum Schauplatz seiner "Politik der freien Hand" machte, schreckte es die anderen imperialistischen Mächte auf. Dem deutschen Ziel, mit der Ausweitung der Kapitalgeber auch den Fortbestand des Osmanischen Reiches zu sichern, mochten sie nicht folgen. Kaiser Wilhelm II. träumte davon, mit Deutschland, England und Frankreich dem einigen Europa eine Kraft zu geben, die Amerika wirtschaftlich die Stirn bieten könne.

Er wollte als ein Ebenbürtiger auftreten und dafür sogar die Gründung eines jüdischen Staates dem "verlogenen Krämervolk" der Engländer streitig machen, indem er im Rahmen seiner Orientreisen beim Sultan für die zionistischen Pläne Theodor Herzls warb. Großbritannien gab mit eben diesem Projekt, das es keineswegs den Deutschen zu überlassen bereit war und das 1917 in der Balfour-Deklaration gipfelte, seiner Nahostpolitik die höchste Weihe.

Es fürchtete als potentieller Erbe des "kranken Manns am Bosphorus" den trockenen Weg nach Indien als Konkurrenz zum Suez-Kanal, den es seit der Besetzung Ägyptens 1882 nicht nur finanziell, sondern auch militärisch kontrollierte. Es fürchtete um seine Stellung an der Mündung von Euphrat und Tigris und suchte daher die Bagdadbahn finanziell und durch Proteste bei der Hohen Pforte nach Kräften zu behindern.

Vergeblich warben die Deutschen um eine Beteiligung der Briten. Frankreich, das seine Interessen in Syrien bedroht sah, schloß sich dem Widerstand an, ebenso Rußland, das sich über einen Schienenweg von Mesopotamien nach Persien sorgte.

Georg von Siemens, ein Neffe des Erfinders und Unternehmensgründers Werner von Siemens, sah die Sache entsprechend nüchtern. Der Bankier und Politiker, Vorstandssprecher der Deutschen Bank seit 1870, führte bis zu seinem Tode 1901 die Verhandlungen zum Bau der Bagdadbahn, die 1892 Angora (Ankara) und 1896 Konya erreichte. Er wollte jene staatlichen Garantien von der Türkei erlangen, die Bismarck, obwohl kein grundsätzlicher Gegner des Projekts, ihm zu geben sich geweigert hatte.

Die Guthaben seiner Anleger gingen ihm vor. Kolonialistische Töne erhöhten nur das Geschäftsrisiko. Wilhelm II. aber nutzte 1898 in Damaskus seine Freundschaftsadresse an Sultan Abdul Hamid II. dazu, die dreihundert Millionen Mohammedaner ("die, auf der Welt zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren") zu Freunden des Deutschen Reiches zu erklären. Das lag ganz auf der Linie des Auswärtigen Amts, eines Tages den "Fanatismus des Islam" zu erregen, um das Deutsche Reich als neue Vormacht in Stellung zu bringen.

Siemens ging einen anderen Weg. Der Historiker Manfred Pohl schreibt: "In einem geheimen Anhang zur Bagdadbahn-Konvention von 1903 sicherte die Deutsche Bank zu, weder eine deutsche noch eine andere Emigration in die Türkei zu fördern." Prominente Deutsche und ganze Reisegruppen wollte man von Bahnfahrten abbringen.

Sultan Abdul Hamid II. wollte nach diversen Kriegen und dem Staatsbankrott von 1875 seinem niedergehenden Reich ein starkes Rückgrat geben - und seine Truppen per Bahn verschieben können. Er gab den Investoren eine Kilometergarantie, für die er Steuereinnahmen verpfändete. Die ab 1870 errichteten Teilstrecken wuchsen bald zu einem lukrativen Schienenweg zusammen. Seit 1889 verkehrte auch der "Orientexpress" - so rückte Südanatolien vor die Haustüren von Paris.

1890 übernahmen die Deutsche Bank und der Wiener Bankverein die Aktienmehrheit an der Betriebs-Gesellschaft der Anatolischen Eisenbahnen des Baron von Hirsch und bauten zügig weiter. 1898 steigt immerhin die Banque Ottomane mit 40 Prozent ein. Siemens, stets um internationale Partner werbend, bleibt skeptisch. Schließlich könne man "zum gleichen Diskont Wechsel auf gute deutsche Häuser kaufen".

Aber ein Rückzug hätte den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Marschall von Bieberstein, seinen Posten gekostet, den Sultan gedemütigt, den Kaiser enttäuscht und den europäischen Mächten große Schadenfreude bereitet. 1900, ein Jahr vor seinem Tode, reist Siemens nach England, das seine Interessen in Basra und Kuwait verteidigt.

Die Verhandlungen scheitern wieder. Siemens' Nachfolger Arthur von Gwinner erhält am 5. März 1903 die endgültige Konzession für den Weiterbau über Adana, Mossul, Samara, Bagdad und Basra an einen noch zu bestimmenden Ort am Persischen Golf sowie für den Betrieb auf 99 Jahre - nicht ohne erneut türkische Anleihen zu zeichnen und sämtlichen Würdenträgern Bakschisch zu zahlen: "Der Sultan selbst schickte uns von Zeit zu Zeit unter den tollsten Vorwänden neue Leute auf den Hals, die befriedigt werden mußten."

Daraufhin errichtet die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft am 13. April 1903 die "Société Impériale du Chemin de Fer de Bagdad" mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Francs unter Federführung der Deutschen Bank und Beteiligung der Banque Ottomane, des Wiener Bankvereins sowie der Schweizer Kreditanstalt. 1904 erhält die Anatolische Bagdadeisenbahn-Gesellschaft eine Konzession für Erschließung und Abbau der mesopotamischen Ölvorkommen.

Das englisch-französische Bündnis desselben Jahres und das englisch-russische Bündnis von 1907 schließen den Ring um das Deutsche Reich. 1908 stürzen die Jungtürken den Sultan. Trotz des türkisch-italienischen Krieges und trotz der Balkankriege beginnt 1912 der Bahnbau

in Bagdad. Im Sommer 1914 wird endlich eine Einigung mit England, nämlich ein Abkommen über Bewässerungsanlagen und Ölförderung in Mesopotamien sowie über den Hafenbau am Persischen Golf unterschriftsreif, aber es ist zu spät.

Die Türkei tritt an der Seite der Mittelmächte in den Krieg. Nun wird die Bahn aus militärischen Gründen, aber mit "Heeresuntauglichen" weitergebaut. Am Ende des Ersten Weltkriegs fährt sie durch das Taurus- und Amanusgebirge. Es fehlt nur noch ein Abschnitt von 300 Kilometern mit Mossul in der Mitte; der wird 1940 geschlossen.

Die schnelle Niederlage Serbiens hat dem Deutschen Reich die Nachschubwege in die Türkei geöffnet; Großbritannien antwortet 1915 mit der vergeblichen und verlustreichen Dardanellen-Offensive. Über den Völkermord an den mit Hammelwaggons deportierten Armeniern schreibt die Bahngesellschaft drastische Berichte, kann aber nur einige armenische Angestellte und deren Familien retten. Ab März 1917 rücken die Briten über Bagdad nach Norden vor.

Der Weltkrieg endet mit der Zerschlagung des Osmanischen Reiches. Aus den französischen und englischen Mandatsgebieten entstehen später die Staaten Syrien und Irak. Großbritannien kann seine Vormachtrolle auf Dauer nicht halten. Die Bagdadbahn, die zunächst unter internationale Kontrolle gestellt werden sollte, zerfällt gegen den Willen Großbritanniens aber in nationale Teilstrecken. Sie erzählt also auch vom Niedergang des Empire.

Ihr Bau bleibt eine beeindruckende Leistung, denn die Schwierigkeiten mit Arbeitern, Gelände und Material waren immens. Das Räuberwesen stand "in hellem Flor". Im Herbst kam das Dengue-Fieber, im Winter die Influenza, und im Landesinneren grassierte die Viehseuche. Die internationale Stimmung war geprägt von diplomatischen Demarchen, Anfragen in den Parlamenten und Polemiken in den Zeitungen. Die Engländer blieben abseits, und Rußland lehnte 1899 sogar Siemens Verkaufsangebot ab.

Daß die Deutsche Bank im Jahre 1924 - trotz Weltkrieg! - zufrieden auf ihre Investition zurückblicken würde, war unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Im Warenverkehr lohnte sich die schnelle Belieferung der Mittelmeerhäfen. Im Personenverkehr brachten die Pilger Geld ein, die auf die Hedschasbahn nach Mekka und Medina umstiegen. Der "Agrikulturdienst" der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft brachte verbessertes Saatgut und neue Bewässerungsanlagen nach Konya, so daß die Steuereinnahmen später die Garantiezahlungen des Sultans übertrafen.

Die Bagdadbahn hatte es dennoch nicht vermocht, wie Rohrbach und Bieberstein einst hofften, "die Tore ihres Gebiets für die wirtschaftliche Betätigung aller Nationen gleich offen zu halten". Aber war es deshalb falsch, sie in Angriff zu nehmen? Karl Helfferich, der 1906 von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts zur Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft gewechselt hatte und 1908 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank geworden war, schrieb nach dem Krieg über die Türkei-Politik des Kaiserreichs:

"Die große Frage war, ob Deutschland in seiner politischen und ebenso in seiner wirtschaftlichen Betätigung alles vermeiden wollte, was geeignet war, die Gefahr solcher Reibungen hervorzurufen. Es hätte dann nicht nur auf den Erwerb von Kolonien und Stützpunkten, auf den Ausbau seiner Kriegsflotte, auf eine Politik der Selbständigerhaltung großer und wichtiger Wirtschaftsgebiete verzichten müssen, sondern ebenso sehr auf die Entwicklung seiner Industrie, seines Außenhandels und seiner Handelsflotte."

Golo Mann über die Bagdadbahn

"Der Bau der Bagdadbahn war eine jener Leistungen des Wirtschaftsimperialismus, die man nur positiv bewerten kann. Es gab keinen Rechtsgrund, keinen moralischen Grund, warum deutsche Industrie sich nicht in der Türkei sollte nützlich machen dürfen zu ihrem eigenen und anderer Leute Vorteil."

- Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 1958<<

Ab 1913 führen die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur

mit Fremdkapital finanziert werden. Vor dem Ersten Weltkrieg ist das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden muß (x056/310). Ein Hauptgläubiger des Osmanischen Reiches ist das Deutsche Reich (mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen Schulden). Deutsche Unternehmen planen, finanzieren und bauen z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak).

Frankreich: Arabische und syrische Intellektuelle gründen im Jahre 1913 in Paris eine arabische Nationalbewegung (x128/353): >>Wir Araber in Paris ... werden den Nationen in Europa zeigen, daß die arabische Nation eine lebendige nationale Einheit bildet; sie ist unteilbar, sie hat unter den Nationen einen besonderen Platz, sie nimmt eine politische Position von allererster Bedeutung ein, und sie stellt eine Macht dar, mit der gerechnet werden muß. ...<<

Großbritannien: Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.

Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.

Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.

Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<

USA: Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford (1863-1947) berichtet im Jahre 1913 über die Einführung der Fließbandarbeit und die Bildung von Großunternehmen (x191/-44, x056/203, x191/45): >>Bei den ersten Wagen, die wir zusammensetzten, fingen wir an, den Wagen an einem beliebigen Teil am Fußboden zusammenzusetzen, und die Arbeiter schafften die dazu erforderlichen Teile in der Reihenfolge zur Stelle, in der sie verlangt wurden – ganz so wie man ein Haus baut. ...

Der ungelernte Arbeiter verwendet mehr Zeit mit Suchen und Heranholen von Materialien und Werkzeugen als mit Arbeit und erhält dafür geringen Lohn, da das Spaziergehen bisher immer noch nicht sonderlich hoch bezahlt wird. ...

Der erste Fortschritt in der Montage bestand darin, daß wir die Arbeit zu den Arbeitern hinschafften, statt umgekehrt. Dazu wurden Fließbänder benutzt, um die zusammensetzenden Teile in handlichen Zwischenräumen an- und abfahren zu lassen. ...

Nach Möglichkeit hat jeder Arbeiter ein und dieselbe Sache mit nur ein und derselben Bewegung zu verrichten. ...<<

>>... Ungefähr am 1. April 1913 machten wir unseren ersten Versuch mit einer Montagebahn. ... Das Zeittempo der Arbeit mußte zunächst sorgfältig ausprobiert werden. ... (Wir hatten) anfangs eine Gleitgeschwindigkeit (des Bandes) von 60 Zoll in der Minute. Das war zu schnell. ... 18 Zoll in der Minute – das war zu wenig. Schließlich setzten wir das Tempo auf 44 Zoll in der Minute fest. Die erste Bedingung ist, daß kein Arbeiter in seiner Arbeit überstürzt werden darf – jede erforderliche Sekunde wird ihm zugestanden, keine einzige darüber hinaus. ...<<

>>... Ein Riesenunternehmen ist eigentlich zu groß, um menschlich zu sein. Es wächst derart, daß es die Persönlichkeit des einzelnen erdrückt. In einem großen Unternehmen verschwindet die Gestalt des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers in der Menge.
Zusammen haben sie eine große produktive Organisation geschaffen, die ihre Artikel in die Welt hinausschickt und dafür einen Ertrag abwirft, der jedem am Geschäft Beteiligten seinen Lebensunterhalt gewährt. Das Unternehmen selbst wird die Hauptsache.<<

Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitet damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

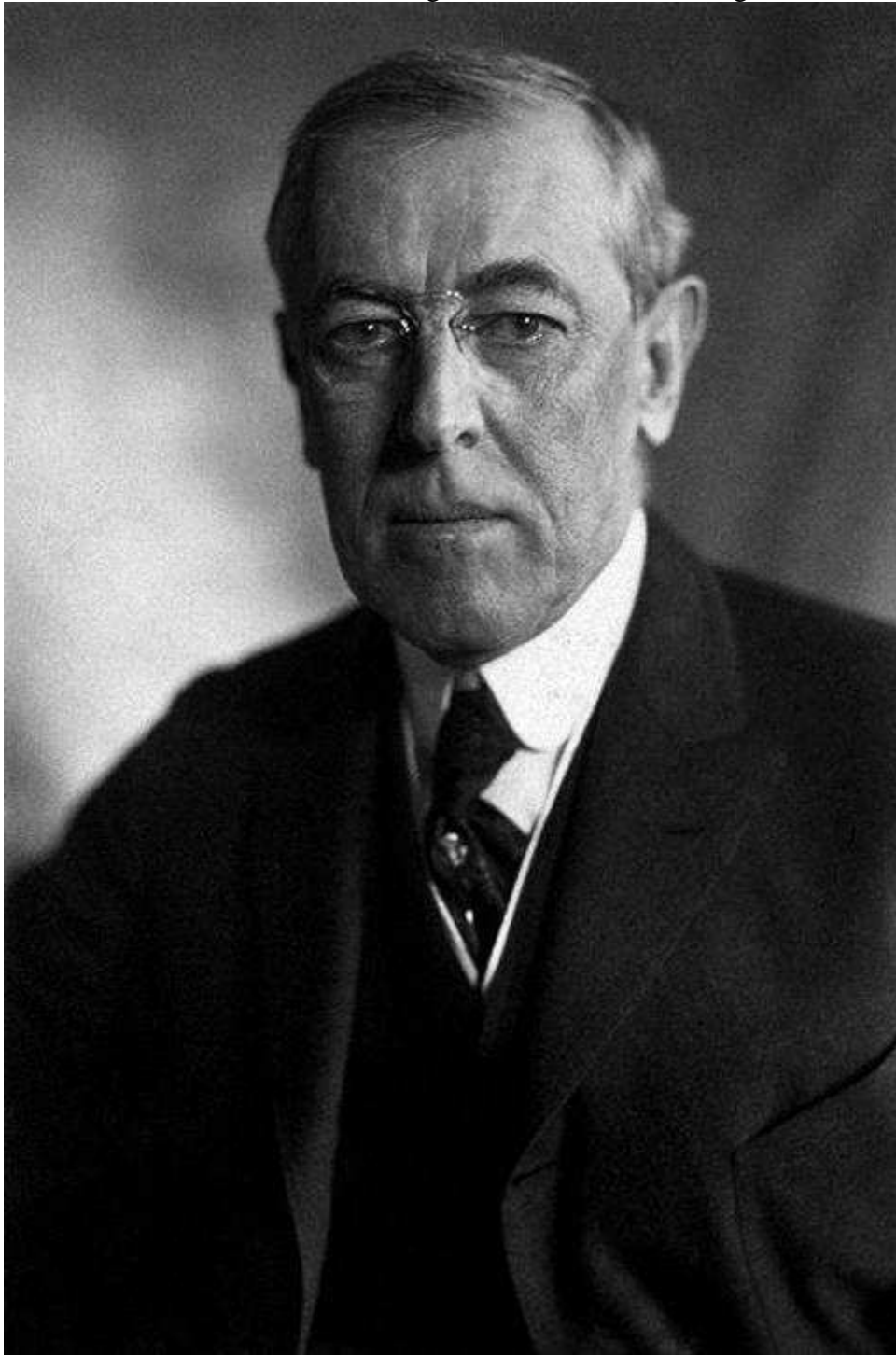


Abb. 51 (x132/1.371): Woodrow Wilson, der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.
Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schreibt in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machelite (x337/114):
>>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu

beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das US-Federal Reserve System (x364/61-65):

>>... **Der Coup der Coups**

Die Struktur der von den Tycoons der Großbanken und des big business geschaffenen Finanzkontrollen war unerhört komplex; ein Unternehmen beruhte auf dem anderen, beide waren wiederum mit halbunabhängigen Partnern verbunden, das ganze überragt von zwei Türmen wirtschaftlicher und politischer Macht, deren einer der in New York - von J. P. Morgan und deren anderer - in Ohio - von der Rockefeller-Familie geleitet wurde. Als diese beiden Gruppen schließlich zusammenarbeiteten, waren sie in der Lage, die Wirtschaft des Landes zum Teil zu beeinflussen und das politische Leben - zumindest auf Bundesebene - fast ausschließlich zu kontrollieren."

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die amerikanische Wirtschaft derart dynamisch gewachsen, daß die internationalen Bankiers große Mühe hatten, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Ihre Macht und ihre Autorität wurden in Frage gestellt. Ein Weg mußte gefunden werden, um sicherzustellen, daß sie ihrer Macht nie verlustig gehen könnten. Sie beschlossen, daß "der Weg" die Gründung einer Zentralbank war, die sie selbst besitzen und leiten würden.

Es darf nicht vergessen werden, daß die internationalen Bankierfamilien seit mehr als zweihundert Jahren Europa beherrschten, nachdem es ihnen gelungen war die "Bank von England" und andere Zentralbanken in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz zu begründen. Seit dem "Coup der Coups" von 1815, als sie für einen lächerlich geringen Betrag die Kontrolle über England erkaufen, beherrschten die Rothschilds das Bankwesen.

Alle ihre Bemühungen, auch den Vereinigten Staaten eine Zentralbank aufzuhalsen, waren fehlgeschlagen. Die US-Verfassung verlieh allein dem Kongreß die Autorität, "Geld zu prägen und seinen Wert zu bestimmen".

Die künstlich hervorgerufene "Panik von 1907" diente als "Beispiel" für die Unumgänglichkeit einer amerikanischen Zentralbank. Eine riesige Propagandakampagne sollte den Amerikanern diese Idee nahebringen.

Einige der führenden amerikanischen Bankiers schienen gegen diesen Plan zu sein, aber das war nur eine List. William McAdoo, Außenminister und Schwiegersohn Präsident Wilsons, sprach mit den "Gegnern" einer Zentralbank:

"Diese Gespräche mit Bankiers führten mich zu einer interessanten Schlußfolgerung. Nach und nach lichtete sich der Nebel der Widersprüche, und es wurde mir klar, daß die Finanzwelt durchaus nicht so sehr gegen den Gesetzentwurf war, wie es den Anschein hatte."

Das Federal Reserve System (eine Zentralbank) entstand mit der Verabschiedung des Bundesrücklagengesetzes (Federal Reserve Act) durch das Repräsentantenhaus und den Senat Ende Dezember 1913. Mit diesem Gesetz erhielten die Bankiers das Privileg zugesprochen, Geld ohne Gegenwert zu schaffen und es der amerikanischen Regierung gegen Zinsen zu leihen.

Der Weg für die Plünderung der amerikanischen Nation durch die internationalen Banker war frei.

Es spielt keine Rolle mehr, wer die Gesetze macht

Etwa in dieser Zeit betrat der geheimnisvolle "Colonel" Edward Mandell House die politische Szenerie. Er war ein Agent der Internationalisten. Präsident Wilson sagte von ihm: "Mr. House ist mein zweites Ich. Er ist mein unabhängiges Selbst.

Seine und meine Gedanken sind eins. Wäre ich an seiner Stelle, würde ich so handeln, wie er sagt."

Im Herbst 1912, unmittelbar nach Wilsons erstem Wahlsieg, erschien anonym ein Buch mit

dem Titel "Philip Dru - Administrator". Colonel House war der Autor.

In diesem Buch erläuterte House Pläne für eine Zentralbank, Einkommensteuer (beides Programmpunkte des Kommunistischen Manifests) und für einen "Sozialismus, wie er von Karl Marx erträumt wurde". Es steht außer Frage, daß "Sozialismus" und "Kommunismus" die Begriffe sind, die von den Illuminaten verwendet werden, um den entscheidenden Schritt zu tun zur Eroberung der Welt.

In den vergangenen Jahrhunderten hatten die internationalen Bankiers riesige Vermögen zusammengerafft, indem sie die Kriege der verschiedenen Nationen gegeneinander finanzierten. Es ist geschichtlich erwiesen, daß diese Nationen aufgrund ihrer Kriegsschulden bei den Bankiers geplündert, ausgeraubt und ausgeblutet wurden. Nur eine Gruppe gewann jeden Krieg: die Großbankiers.

"Geben Sie mir die Kontrolle über das Geld, und es spielt keine Rolle, wer die Gesetze macht", sagte Mayer Amschel Rothschild. Mit der etwa gleichzeitigen Einführung des Federal Reserve Systems und der Einkommensteuer war der Weg frei. Das Konto jedes Amerikaners und die riesigen Bodenschätze der Vereinigten Staaten waren von nun an manipulierbar im Rahmen der letzten Schritte zur Erreichung des teuflischen Ziels.

Viele amerikanische Patrioten erkannten die ernststen Gefahren der neuen Regelung. Der konservative Henry Cabot Lodge Sen. sagte, sie ermögliche den Bankiers, "den Goldwert in nicht einlösbarem Papiergeld zu ertränken". Charles A. Lindbergh Sen., der Vater des berühmten Fliegers, sagte: "Die unsichtbare Regierung der Finanzmacht wird eine Inflation erzeugen, wann immer den Konzernen eine Inflation gelegen kommt."

Aber anscheinend wollte niemand hören. Die Richtigkeit dieser Warnungen wird durch die Tatsache erhärtet, daß die nationalen Schulden der USA zum Zeitpunkt der Begründung des Federal Reserve Systems eine Milliarde Dollar betrug.

Heute steht die Verschuldung bei 1.060.237.928.516 US-Dollar.

Krieg bringt Zinsen

Was als nächstes geschah, ist eine Demonstration der zunächst betrügerischen Taktiken der Verschwörer und ihrer völligen Verachtung des amerikanischen Volkes. Während Woodrow Wilson für seine Wiederwahl mit dem Slogan warb: "Er hielt uns den Krieg vom Leib", war sein alter ego "Colonel" House damit beschäftigt, hinter den Kulissen Vereinbarungen mit England zu treffen, die Amerikas Kriegseintritt sicherten.

Sobald Wilson wiedergewählt war, legten die Insider eine andere Platte auf und begannen, die Idee zu verbreiten, daß der Krieg unvermeidlich sei. Die Versenkung des britischen Munitionsschiffes "Lusitania" wurde hervorgeholt und - ebenso wie der U-Boot-Krieg - zu einer entscheidenden Frage erhoben.

In seinem explosiven Bestseller "The Lusitania" beweist Colin Simpson auf der Grundlage britischer Regierungsunterlagen, daß das berühmte Schiff bereits in der Anfangsphase des Krieges in ein Munitionsschiff umgerüstet wurde, obwohl man das zu jener Zeit und auch noch viele Jahre später heftig verneinte. Bevor die Lusitania New York am 1. Mai 1915 mit einer großen Ladung hochexplosiven Sprengstoffs an Bord verließ, warnten die deutschen Vertreter in den Vereinigten Staaten potentielle Passagiere immer wieder vor der Gefahr, in die sie sich bringen würden, wenn sie die Reise mitmachten.

Als die Passagiere an Bord gingen, wurden die Warnungen mündlich wiederholt. Sechs Tage später wurde die "schwimmende Bombe" von einem deutschen U-Boot-Torpedo getroffen. Sie sank innerhalb von 20 Minuten. 1.201 Menschen, darunter viele Amerikaner, kamen ums Leben. Die Anwesenheit amerikanischer Staatsbürger auf einem britischen Kriegsschiff war selbstverständlich illegal. Jeder, der die Reise antrat, wußte, welches Risiko er auf sich nahm. In der darauffolgenden Propagandawelle wurden die Deutschen als mörderische Ungeheuer dargestellt, und das Ereignis wurde benutzt, um Amerika in den Krieg hineinzuziehen, den die

Insider scheinheilig als den Krieg bezeichneten, "der allen Kriegen ein Ende machen" würde. Amerika erklärte ihn am 6. April 1917.

Er stellte sich für die Bankiers und ihre Freunde als wahre Goldgrube heraus. Die Kriegskosten zwangen die Regierung, von den Bankiers gegen hohe Zinsen Geld zu borgen. Männer wie Bernard Baruch und Eugene Meyer verdienten als Leiter von Schlüsselprojekten Unsummen. Am 8. Januar 1918 forderte Präsident Wilson vor dem Kongreß die Bildung eines Völkerbundes. Dieser Schachzug hatte ohne Zweifel den Zweck, Amerika von seiner seit George Washington aufrechterhaltenen Isolationspolitik abzubringen. "Colonel" House und seine unsichtbaren Hintermänner waren eifrig an der Arbeit, um den nächsten Schritt in Richtung auf ihr Ziel tun zu können. ...<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schreibt im Jahre 2010 in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 21. Dezember 2013): >>**100 Jahre Notenbank**

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenem Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimgespräch sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankmoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollarscheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurz-

fristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echauffierten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenscheine aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 23. Dezember 2013): >>**Die Kreatur von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

Geheimtreffen mit Großbankern

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/45): >>**"Rockefeller kann nie verlieren"**

_ Interview mit Ron Paul

Wer beherrscht die USA? Der Protagonist des kleinen libertären Flügels in der Republikanischen Partei äußert sich über die Macht der privaten Finanzinstitute - und die Notenbank Fe-

deral Reserve, die von diesen kontrolliert wird.

Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?

Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen Banken gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal Reserve System. Sie sind die Insider und kennen die zukünftigen Entwicklungen. Die Kontrolle über das Geld ist sehr wesentlich. ...

Soll das heißen, wir haben im Grunde ein Ein-Parteien-System in den USA, das nur ansatzweise zweigeteilt ist?

So ist es. Für mich als Libertären ist es fast unmöglich, eine eigene Partei zu gründen. Man muß ein Drittel seines Geldes und seiner Energie dafür aufbringen, um sich für die Abstimmungen zu bewerben. Die Amerikaner wurden darauf konditioniert, daß es toll ist, nur zwei Parteien zu haben. Wir wollen nicht wie Italien sein, wo es all die vielen unübersichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten gibt. ...

(Präsident) Thomas Jefferson hat uns gewarnt. Er sagte: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung kontrollieren, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."

Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank Fed (Federal Reserve) gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ... Heute haben wir zwar immer noch eine langsame Inflation - die nichtsdestoweniger eine Menge Schaden anrichtet -, doch eines Tages wird das Land einer riesigen Katastrophe ins Auge sehen.

Drogen und Banken

Selbst die Abgeordneten verstehen nicht, daß die Federal Reserve ein privates Unternehmen ist.

Ich denke, die wenigsten verstehen, wie die Federal Reserve wirklich funktioniert. Auch wenn man sagt, sie sei privat, ist das noch sehr beschönigend. "Privat" würde bedeuten, sie wäre den Gesetzen des Markts unterworfen. Sie wurde von der Politik autorisiert, über diese gewaltige Macht zu verfügen. ...

Die internationalen Bankiers sind Kumpel.

Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Die internationalen Bankiers sind Kumpel. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. Durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank haben sie die totale Gewalt. Sie haben sogar Treffen, an

denen nicht einmal die Finanzminister der Länder teilnehmen dürfen. Ihr einziges Ziel dabei ist, noch mehr neue Kredite zu generieren. ...

Quelle: Talkshow vom August 1988; Link: www.youtube.com/watch?v=NDEgBWO54dA<< Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild, unterstützte u.a. vor allem die Freimaurer und die Illuminaten) hatte bereits im Jahre 1790 die politische Macht des Geldes erkannt: >>Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die neue US-Welt-Regierung (x364/167-169):

>>... **Sanierung einer christlichen Nation**

Das bei weitem schwierigste Hindernis auf dem Weg zur Schaffung der Eine-Welt-Regierung sind die Vereinigten Staaten gewesen.

Amerika ist in der gesamten Erdgeschichte einmalig. Es gibt zwei fundamentale Gründe dafür: Amerikas Religion und Amerikas Verfassung.

Amerika hat das 20. Jahrhundert mit einer fast 300 Jahre alten Tradition begonnen, eine christliche Gesellschaft zu sein. Obwohl man von der Existenz Amerikas bereits 500 Jahre vor der Ankunft der Pilgrimväter wußte, setzt mit jenem Ereignis jedoch die "Amerikanische Geschichte" ein. Sie haben den ersten geordneten Versuch zur Besiedlung dieses riesigen neuen Landes unternommen. Wie es in dem berühmten "Mayflower Compact" heißt, bestand das Hauptziel für die Errichtung von Kolonien in der Neuen Welt in der "Verbreitung des christlichen Glaubens".

Von Anfang an, angefangen mit den ersten einfachen Kolonien und Siedlungen, verfügte die amerikanische Gesellschaft über eine Tradition eines tiefen, religiösen Glaubens, der fest auf der biblischen Offenbarung beruhte. Das Christentum war der primäre motivierende Faktor im Leben der Mehrzahl seiner Menschen.

Der US Oberste Gerichtshof hat bei zwei verschiedenen Anlässen erklärt, Amerika ist eine christliche Nation.

Dies war also das Amerika, das die Fesseln der Fremdherrschaft abwarf und dessen Führer die unschätzbar wertvolle Unabhängigkeitserklärung verfaßten - jenes großartige Dokument, das so beredt gegen des Menschen Unmenschlichkeit gegenüber seinen Mitmenschen und für das unveräußerliche, gottgegebene Recht des Menschen spricht, sein Leben frei und offen zu leben, frei von Tyrannei. Es war auch das Land, das sich die Verfassung und die "Bill of Rights" geschenkt hat, die speziell dazu aufgestellt wurden, jene Freiheitsrechte zu schätzen und zu bestärken.

Amerika war also das gesegnete und mitreißende Land, das die große amerikanische Republik hervorgebracht hat, das vorwärtspreschende, heißblütige, unabhängige, herrliche, produktive Amerika, in dem sechs Prozent der Weltbevölkerung in den Genuß von 50 Prozent des Weltwohlstandes kommen. Dies war das starke, vibrierend lebendige, zuversichtliche, freie und missionserfüllte Amerika, das, wie Abraham Lincoln vor 150 Jahren gesagt hat, "über alle Zeiten hinweg leben oder an Selbstmord sterben muß."

Dies war die Nation, die mit Beginn dieses Jahrhunderts zur Zielscheibe eines "Sanierungs-Programms" wurde, dessen Planung und Durchführung die sorgfältigste und heimtückischste waren, die es jemals in der Menschheitsgeschichte gegeben hat. Die ganze Intrige basierte auf der Erkenntnis, daß es, um Amerika zu zerstören, notwendig war, sein System der Wertvorstellungen zu vernichten, das von der Bevölkerung allgemein anerkannt wurde. Um diese monumentale Aufgabe zu verwirklichen, mußte man die führenden Institutionen untergraben und aufweichen, um die sich die amerikanische Gesellschaft rankte.

Der sicherste Weg ist die Währung zerstören. Im Gegensatz zu den "Sanierungs-Taktiken", die man im Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan benutzte, wurde die Zerstörung Ameri-

kas als einer unabhängigen, souveränen Nation auf sehr viel subtilere Weise eingefädelt. Die von den Illuminaten in Amerika eingesetzten Abbruchkolonnen hatten für die Methode des "Frontalangriffs" nur Verachtung; vielmehr machten sie sich die Taktiken der Fabian'schen Sozialisten zu eigen.

Der erste große Durchbruch gelang jenen, die den traditionellen, verfassungsmäßigen "American way of life" zu zerstören suchten, mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Federal Reserve Bank am 23. Dezember 1913.

Dieses Gesetz, das man durchbrachte, als die meisten Abgeordneten bereits in die Weihnachtssferien gefahren waren, legte das nationale Währungssystem fest in die Hand der internationalen Banker.

Dem Lehrsatz folgend, daß "der sicherste Weg zum Umsturz einer bestehenden Gesellschaftsordnung der ist, seine Währung zu verderben" (Lenin), setzten die Geldleute sofort alles in Bewegung, um den Wert des Dollar zu zerstören.

Mit der Teilnahme am Ersten Weltkrieg - zunächst als Lieferant von Kriegsmaterial, dann als aktiver Teilnehmer - wurde die Dampfwalze der Vernichtung in Bewegung gesetzt. Mit diesen Handlungen wurde die Basis für die derzeitige riesenhafte amerikanische Staatsverschuldung und für die nationale Versklavung unter den Willen der internationalen Banker gelegt.

Der englische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, der Berater von Roosevelt während des "New Deal" war, hat gesagt: "Lenin hat zweifellos Recht, es gibt keine einwandfreie beziehungsweise subtilere Methode zur Zerstörung der bestehenden gesellschaftlichen Grundlagen als das Verderben ihrer Währung.

Durch einen fortwährenden Prozeß der Inflation können Regierungen einen wesentlichen Teil des Wohlstandes ihrer Bürger heimlich und unbemerkt an sich reißen. Dieser Prozeß setzt alle verborgenen Wirtschaftskräfte auf Seiten der Zerstörung ein und zwar auf eine Weise, die nicht einer unter einer Million Menschen diagnostizieren kann." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/42): >>**Das Ungeheuer von Jekyll Island**

_ von Oliver Janich

Eine Gruppe mächtiger Privatbanken beherrscht seit 1913 die US-Notenbank Federal Reserve und entscheidet so über das Schicksal der Wirtschaft. Demokratische Kontrolle gibt es nicht.

Der Untergang der Titanic machte den Weg frei.

In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 ereignete sich eine Katastrophe, die sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit eingebrannt hat: Der Untergang der Titanic, der etwa 1.500 Menschen das Leben gekostet hat. Dieses Ereignis hat vielleicht aus einem ganz anderen - bis heute verborgenen - Grund den Lauf der Geschichte für immer verändert. Es ermöglichte den größten Raubzug aller Zeiten: die Gründung der US-Notenbank Federal Reserve, kurz Fed genannt. An Bord der Titanic befanden sich die reichsten Männer des Planeten und vehementesten Gegner einer Zentralbank:

Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und John Jacob Astor. Andererseits sagte John Pierpont Morgan, der Eigner der Titanic-Reederei White Star Line und einer derjenigen, die seit Jahren im Geheimen an der Installation der Fed arbeiteten, die Reise in der eigens für ihn vorbereiteten Luxus-Suite in letzter Minute ab...

Nun war der Weg frei für die Gründung der Fed. Am 22. Dezember 1913, als die meisten Abgeordneten schon im Weihnachtsurlaub waren, beschloß der Kongreß, versteckt unter einem Stapel anderer Gesetze, die Etablierung einer privaten Notenbank.

Zu Tarnzwecken gab man ihr den Namen "Federal", um dem Volk zu suggerieren, es handele sich dabei um eine Regierungsbehörde. Die Nacht-und-Nebel-Aktion war nötig, weil die US-Verfassung eine solche Notenbank nicht vorsah. Im Gegenteil: den Bundesstaaten wurde im ersten Verfassungsartikel untersagt, ungedecktes Papiergeld, sogenannte Credit Bills, aus-

zugeben und irgend etwas anderes als Gold oder Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären. Der Kongreß erhielt lediglich das - nicht exklusive - Recht, Münzen zu prägen.

Auch privaten Personen oder Unternehmen war es somit erlaubt, Münzen herauszugeben. Aus heutiger Sicht wäre es wünschenswert gewesen, in der amerikanischen Verfassung deutlicher zu verankern, daß die Regierung auch keinem privaten Unternehmen das Monopol auf die Erzeugung von Geld übertragen darf. Denn genau in diese vermeintliche Lücke stießen die Banken mit der Etablierung der Fed.<<

Afrika: Der deutsche Arzt und Theologe Albert Schweitzer (1875-1965, 1902-05 evangelischer Dozent für das Neue Testament in Straßburg) läßt sich im Jahre 1913 als Missionsarzt in Lambarene/Gabun nieder und gründet dort ein Krankenhaus.

Albert Schweitzer berichtet später über seine Mission (von 1913 bis 1949) als Arzt und Prediger in Afrika (x199/227-229): >>Ich hatte von dem körperlichen Elende der Eingeborenen des Urwaldes gelesen und durch Missionare davon gehört. Je mehr ich darüber nachdachte, desto unbegreiflicher kam es mir vor, daß wir Europäer uns um die große Aufgabe, die sich uns in der Ferne stellt, so wenig kümmern.

Das Gleichnis vom reichen Mann und vom armen Lazarus schien mir auf uns gemünzt zu sein. Wir sind der reiche Mann, weil wir durch die Fortschritte der Medizin im Besitze vieler Kenntnisse und Mittel gegen Krankheit und Schmerz sind. Die unermesslichen Vorteile dieses Reichtums nehmen wir als etwas Selbstverständliches hin. Draußen in den Kolonien aber sitzt der arme Lazarus, das Volk der Farbigen, das der Krankheit und dem Schmerz ebenso wie wir unterworfen ist, aber kein Mittel besitzt, um ihnen zu begegnen. Wie der Reiche sich aus der Gedankenlosigkeit gegen den Armen vor seiner Tür versündigte, weil er sich nicht in seine Lage versetzte, also auch wir. ...

An Operationen unternimmt man im Urwald natürlich nur die, die dringend sind und sicheren Erfolg versprechen. Am häufigsten habe ich es mit eingeklemmten Brüchen zu tun. In dem eingeklemmten Bruch wird der Darm undurchgängig. Er kann sich also nicht mehr entleeren und wird durch die sich bildenden Gase aufgetrieben. Nach einer Reihe von qualvollen Tagen tritt der Tod ein. Unsere Voreltern kannten dies furchtbare Sterben. Heute bekommen wir es in Europa nicht mehr zu sehn, weil bei uns jeder eingeklemmte Bruch, kaum, daß der Arzt ihn festgestellt hat, sogleich operiert wird.

Die Neger Zentralafrikas sind viel mehr mit Brüchen behaftet als die Weißen. So ist in Afrika dieses grausige Sterben etwas Gewöhnliches. Schon als Knabe war der Neger dabei, wenn ein Mann sich tagelang heulend im Sande der Hütte wälzte, bis der Tod als Erlöser kam.

Kaum fühlt also ein Mann, daß sein Bruch einklemmt, so fleht er die Seinen an, ihn ins Kanu zu legen und zu mir zu führen. Wie (soll ich) meine Gefühle beschreiben, wenn solch ein Armer gebracht wird? Ich bin ja der einzige, der hier helfen kann, auf Hunderte von Kilometern. Weil ich hier bin, weil meine Freunde mir die Mittel geben, ist er zu retten, während er sonst der Qual verfallen wäre.

Ich rede nicht davon, daß ich ihm das Leben retten kann. Sterben müssen wir einmal alle. Aber daß ich die Tage der Qual von ihm nehmen kann; das ist es, was ich als die große, immer wieder neue Gnade empfinde. Der Schmerz ist ein furchtbarer Herr als der Tod. So lege ich dem jammernden Menschen die Hand auf die Stirne und sage ihn: "Sei ruhig. In einer Stunde wirst du schlafen, und wenn du wieder aufwachst, ist kein Schmerz mehr." Darauf bekommt er eine beruhigende Einspritzung.

Die Operation ist vorüber. Unter der dunklen Schlafbaracke überwache ich das Aufwachen der Patienten. Kaum ist er bei Besinnung, so schaut er erstaunt umher und wiederholt fort und fort: "Ich habe ja nicht mehr weh, ich habe ja nicht mehr weh!" Seine Hand sucht die meine und will sie nicht mehr loslassen.

Dann fange ich an, ihm und denen, die dabei sitzen, zu erzählen, daß es der Herr Jesus ist, der

dem Doktor und seiner Frau geboten hat, hier an den Ogowe (Fluß in Gabun) zu kommen und daß weiße Menschen in Europa uns die Mittel geben, um hier für die Kranken zu leben. Nun muß ich auf die Fragen, wer jene Menschen sind, wo sie wohnen, woher sie wissen, daß die Eingeborenen soviel unter Krankheiten leiden, Antwort geben.

Durch die Kaffeesträucher hindurch scheint die afrikanische Sonne in die dunkle Hütte. Wir aber, Schwarz und Weiß, sitzen untereinander und erleben es: "Ihr aber seid Brüder". ...

Beim Predigen muß ich mir Mühe geben, so einfach wie möglich zu reden. Ich darf nichts voraussetzen. Meine Zuhörer wissen nichts von Adam und Eva, von den Patriarchen, vom Volke Israels, von Moses und den Propheten, vom Gesetz, von den Pharisäern, von den Aposteln. ...

Natürlich predige ich auch über das eine oder andere Gebot. Aber darüber hinaus versuche ich, in ihrem Herzen das Verlangen nach Frieden mit Gott zu erwecken. Wenn ich von dem Unterschiede spreche zwischen dem Herzen, das keinen Frieden kennt, und dem Herzen, das voll Frieden ist, dann weiß auch der wildeste von meinen Wilden, was ich meine. Und ebenso, wenn ich ihnen Jesus schildere als den, welcher Frieden mit Gott in die Herzen von Männern und Frauen bringt, so verstehen sie ihn. ...<<

1914

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.
Bertha Freifrau von Suttner (1843-1914, österreichische Pazifistin und Schriftstellerin)

02.01.1914

Frankreich: Ab 2. Januar 1914 veröffentlicht die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>Die von Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise aus Moskau und St. Peterburg zurückgekehrt war, verfaßten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen.

Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.

Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue (französische) Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus.

Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, daß die enthaltenen Informationen von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung "Le Matin" stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, daß sich Lauzanne auf seiner Rußlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte. Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die (russische) Militärzeitschrift "Raswetschik" ("Aufklärer"), die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:

Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.

Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<

Januar 1914

Deutsches Reich, Österreich-Ungarn: Hitler wird in München verhaftet und im Januar 1914 an Österreich ausgeliefert. Der begabte Schauspieler und überzeugende "Geschichtenerzähler" entgeht jedoch einer Bestrafung, weil Hitler den Beamten der österreichischen Behörden eine ergreifende, tragische Lebens- und "Leidensgeschichte" schildert, obgleich er körperliche Arbeit, Hunger und richtige Not nie kennengelernt hat.

Bei der folgenden Musterung wird Hitler als zu schwach und deshalb wehruntauglich eingestuft. Hitler kehrt danach als freier Mann nach München zurück.

21.02.1914

Rußland: In Rußland bereitet man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellt am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führt (x063/478).

April 1914

Rußland: George W. Buchanan (1854-1924, von 1910-1917 britischer Botschafter in St. Petersburg) berichtet im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen.

...<<

13.06.1914

Rußland: Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtet am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark schreibt später über diesen Presseartikel (x307/539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei.

Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen (Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann). Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<

15.06.1914

Großbritannien: Ein deutsches Unternehmen muß den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an englische Unternehmen abgeben (britisch-deutsche Vereinbarung vom 15. Juni 1914).

28.06.1914

Österreich-Ungarn: Am 28. Juni 1914 fällt der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau werden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Das Attentat von Sarajevo

Der Attentäter Gavrilo Princip (1894-1918, erhält nach dem Attentat eine 20jährige Zuchthausstrafe, stirbt an Knochentuberkulose) handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Crna ruka" ("Schwarze Hand"), die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).



Abb. 52 (x175/115): In Sarajevo wird der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 von einem bosnischen Nationalisten ermordet.

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates (sogenannte "Dreierlösung", selbständiger Staat für die Südslawen) und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit

den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die geplante Balkanpolitik des Erzherzogs Franz Ferdinand (x307/153-154): >>... Der Erzherzog machte kein Hehl daraus, daß er die Absicht hatte, das Regierungssystem nach seiner Thronbesteigung zu reformieren. Sein Hauptziel war es, die ungarische Hegemonie im östlichen Teil der Monarchie zu brechen oder zu verringern.

Eine Zeitlang sprach sich Franz Ferdinand für eine Stärkung des slawischen Elements in der Monarchie aus, indem innerhalb des Reiches ein kroatisch (und damit katholisch) dominiertes "Jugoslawien" geschaffen wurde. Gerade der Umstand, daß er mit dieser Idee assoziiert wurde, erregte den Haß seiner orthodoxen serbischen Feinde. Im Jahre 1914 hatte er jedoch, wie es scheint, diesen Plan bereits aufgegeben und befürwortete statt dessen eine weitreichende Umstrukturierung, durch die das Reich zu einer Art "Vereinigte Staaten von Großösterreich" würde, mit 15 Mitgliedstaaten, von denen viele eine slawische Bevölkerungsmehrheit gehabt hätten.

... Was immer man von diesem Programm halten mochte – und die Ungarn hielten ganz offensichtlich wenig davon -, es präsentierte den Erzherzog jedenfalls als einen Mann mit radikalen Zielsetzungen, dessen Thronbesteigung dem üblichen Durchwursteln ein Ende gesetzt hätte, das die österreichische Politik im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu lähmen schien.<<

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde. Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Entstehung des Ersten Weltkrieges (x057/193-194): >>Aus dem Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Machtstellung der Großmächte und der von ihnen abhängigen Staaten hatten sich fortwährend neue Reibungsflächen und Gegensätze der Weltmächte ergeben. England wollte die Seeherrschaft behaupten, Frankreich seine Vormachtstellung in Europa wiedergewinnen, Rußland Landerwerb, um den Zugang zum Meer zu erreichen, Deutschland weltwirtschaftliche Entfaltung, Amerika und Japan die Vorherrschaft im Großen Ozean.

Aus diesem Machtstreben entstanden die besonderen Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Balkan), Österreich und Italien (Irredenta, politische Bewegung Italiens), ferner zwischen Deutschland und Frankreich (Elsaß-Lothringen), Deutschland und Rußland (wegen Freundschaft Deutschlands mit Österreich und der Türkei), Deutschland und England (Handels- und Flottenfragen).

Immer straffer schloß sich die Entente zusammen und verstärkte ihre Rüstungen. Deutschland dagegen, besonders Kaiser Wilhelm II., war auf Frieden bedacht und versäumte es sogar, sich auf die drohende Gefahr eines Krieges militärisch, wirtschaftlich und politisch genügend vorzubereiten.

Der Anlaß zum Weltkrieg wurde die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo durch serbische Verschwörer (28. Juni 1914).

Österreich forderte in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung (23. Juli 1914). Von Rußland unterstützt, lehnte Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und begann die Mobilmachung (25. Juli 1914).

Deutschland nicht rechtzeitig genug über die österreichischen Schritte unterrichtet, suchte zu vermitteln und fand zunächst die Unterstützung Englands. Österreich erklärte nunmehr Serbien den Krieg (28. Juli 1914), ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, worauf Rußland die Gesamtmobilmachung anordnete (29. Juli 1914). Infolge dieser drohenden Lage für Deutschland forderte seine Regierung die Einstellung der russischen Mobilmachung und erklärte, als keine Antwort erfolgte, den Krieg an Rußland (1. August 1914) und, nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, auch den Krieg an Frankreich (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.

England dagegen erklärte erst den Krieg an Deutschland, als dieses trotz des Widerstandes der belgischen Regierung deutsche Truppen zum Durchmarsch durch belgisches Gebiet in Bewegung setzte (4. August 1914). Auch Japan schloß sich der Entente an (Tsingtau). Dagegen blieben Italien und Rumänien zunächst neutral, während die Türkei und Bulgarien bald auf Deutschlands Seite traten.<<

30.06.1914

Österreich-Ungarn: Der deutsche Botschafter Tschirschky in Wien schickt am 30. Juni 1914 ein Telegramm an Reichskanzler Bethmann-Hollweg (x073/29-30): >>Graf Berchtold (österreichisch-ungarischer Außenminister) sagte mir heute, alles deute darauf hin, daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen sei, in Belgrad zusammenliefen. Die Sache sei wohl so durchdacht worden, daß man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die nur mildere Strafe verhängt werden könnte. Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Anzettlungen aus.

Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und falls sie diese nicht akzeptieren, energisch vorgehen.

Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen. Vor allem müsse man sich erst klar werden, was man wolle, denn ich hörte bisher nur ganz unklare Gefühlsäußerungen.

Dann sollte man die Chance irgendeiner Aktion sorgfältig erwägen und sich vor Augen halten, daß Österreich-Ungarn nicht allein in der Welt stehe, daß es Pflicht sei, neben der Rücksicht auf seine Bundesgenossen die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen und speziell sich die Haltung Italiens und Rumäniens in allen Serbien betreffenden Fragen vor Augen zu halten.<<

Juni 1914

Osmanisches Reich: Die türkischen und russischen Armenier beraten Ende Juni 1914 in Erzurum, wie man sich im Kriegsfall verhalten soll. Als die russischen Armenier eine Forderung der Jungtürken ablehnen, auf türkischer Seite gegen Rußland zu kämpfen, ist das Schicksal der 1.845.450 türkischen Armenier besiegelt (x081/100).

Obleich die türkischen Armenier später ausdrücklich versichern, pflichtgemäß gegen Rußland anzutreten, falls es zum Krieg kommt, werden sie pauschal als Volksverräter eingestuft.

02.07.1914

Österreich-Ungarn: Kaiser Franz Joseph I. schreibt am 2. Juli 1914 an Kaiser Wilhelm II. (x056/315-316): >>Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajevo nicht um die Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und, wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die (Mitwirkung) der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß

ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik, solche Verbrechen fördert ...

Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft (Zukunft) auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein ... (Den Frieden zu sichern) wird nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird.<<

05.07.1914

Deutsches Reich: Der österreichische Botschafter in Berlin telegraphiert am 5. Juli 1914 an den österreichischen Außenminister nach Wien (x056/316): >>Nach (Kaiser Wilhelms) Meinung muß ... mit dieser Aktion (gegen Serbien) nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg gegen Österreich-Ungarn kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens keineswegs kriegsbereit und werde (sich einen Waffengang) noch sehr überlegen.<<

06.07.1914

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung sichert Österreich-Ungarn am 6. Juli 1914 die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58).

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegraphiert am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" werden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wird durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

07.07.1914

Österreich-Ungarn: Der österreichisch-ungarische Ministerrat erörtert am 7. Juli 1914 in Wien das Vorgehen gegen Serbien (x058/281-282): >>... 1. Das alle Versammelten eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschen;

2. daß der Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des ungarischen Ministerpräsidenten anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden sollte, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen sowie ein Ultimatum gestellt worden ist.

Dagegen sind alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege des militärischen Eingreifens angebahnt würde.

Graf Tisza bemerkt, daß er bestrebt sei, dem Standpunkt aller anderen Anwesenden entgegenzukommen, und daher auch insofern eine Konzession machen würde, als er zugeben wollte, daß die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht solcher Art, daß man unsere Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätten wir eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung. ...

Der Kriegsminister ergreift auf Wunsch des Vorsitzenden das Wort, um an den Chef des Generalstabes nachstehende drei Fragen zu richten:

1. Ob es möglich wäre, zuerst nur gegen Serbien zu mobilisieren und erst nachträglich, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt, auch gegen Rußland. ...

3. Wo man den Kampf gegen Rußland aufnehmen würde.

Der Chef des Generalstabes gibt auf diese Anfragen geheime Aufklärungen und ersucht darum, daß dieselben nicht in das Protokoll aufgenommen werden mögen.<<

14.07.1914

Österreich-Ungarn: Der deutsche Botschafter in Wien informiert den deutschen Reichskanzler am 14. Juli 1914 über die österreichischen Kriegspläne (x056/316): >>Ich habe mich schwer entschlossen, meinte der (österreichische Außen-) Minister, "zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fast von dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie eintreten" ... Die Note (Ultimatum an Serbien) werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei.<<

18.07.1914

Deutsches Reich: Ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schreibt am 18. Juli 1914 in einem privaten Brief an den deutsche Botschafter in London (x056/316): >>Wir haben auch jetzt (Österreich) nicht zu einem Entschluß getrieben. Wir können und dürfen ihm aber nicht in den Arm fallen. ... Dann würde der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. ... (Die) Erhaltung eines möglich starken Österreichs ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit. ...

Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Rußland und in zweiter Linie von dem mäßigenden Einfluß seiner Ententebrüder abhängen. Je entschlossener sich Österreich zeigt, je energischer wir es unterstützen, um so eher wird Rußland still bleiben. Einiges Gepolter in Petersburg wird zwar nicht ausbleiben, aber im Grunde ist Rußland jetzt nicht schlagfertig. ...

In einigen Jahren wird Rußland ... schlagfertig sein. Dann erdrückt es uns durch die Zahl seiner Soldaten, dann hat es seine Ostseeflotte und seine strategischen Bahnen gebaut. Unsere Gruppe wird inzwischen immer schwächer. ... Läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Rußland Österreich an, ... so können wir Österreich nicht opfern. Wir ständen dann in einer Isolation.

Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen. – Ich hoffe und glaube, ... daß der Konflikt sich lokalisieren läßt.<<

20.07.1914

Rußland: Eine russisch-französische Delegation verhandelt in Sankt Petersburg über die Zusage der Bündnistreue (20. bis 23. Juli 1914) im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen werden schließlich feierlich bestätigt.

21.07.1914

Rußland: Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg informiert den deutschen Reichskanzler am 21. Juli 1914 über ein Gespräch mit dem russischen Außenminister (x056/316): >>Der (russische Außen-) Minister fuhr erregt fort, auf jeden Fall dürfe Österreich ... nicht vergessen, daß ... es ... mit Europa zu rechnen habe. Rußland würde (Österreichs) Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können ... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede sein ...

Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich ... Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßregeln treffe.<<

23.07.1914

Österreich-Ungarn: Die österreichisch-ungarische Regierung stellt Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum (Frist = 48 Stunden, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen). Die deutsche Regierung wird erst nach der Übergabe des Ultimatums informiert (x063/478).

Rußland: Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, ist der russische Zar noch fester zum Krieg ent-

schlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten kann sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

24.07.1914

Rußland: Der britische Botschafter in Sankt Petersburg schickt am 24. Juli 1914 ein Telegramm an den britischen Außenminister (x058/283): >>(Der russische) Minister des Äußern teilte mir heute morgen telephonisch mit, daß er eben Wortlaut des gestern von Österreich in Belgrad überreichten Ultimatums erhalten habe, das eine Antwort binnen 48 Stunden verlange. Dieser von Österreich getane Schritt (Ultimatum an Serbien) bedeute den Krieg und er bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen. ...

Minister des Äußern drückte die Hoffnung aus, Seiner Majestät Regierung werde sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären. Er bezeichnete Österreichs Verhalten als unmoralisch und herausfordernd. Einige der von ihm erhobenen Forderungen seien vollkommen unannehmbar und es hätte niemals so gehandelt, ohne Deutschland vorher befragt zu haben. Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich Rußland nicht nur diplomatisch energisch unterstützen, sondern im Notfall auch alle ihm durch sein Bündnis auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde.

Ich bemerkte, daß ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen könne, daß ich ihnen aber alle ihre Äußerungen telegraphieren würde. Ich vermöge persönlich keine Hoffnungen zu erwecken, daß Seiner Majestät Regierung eine Solidaritätserklärung abgeben würde, die Verpflichtungen einschliesse, Frankreich und Rußland mit Waffengewalt zu unterstützen. Wir seien an Serbien nicht unmittelbar interessiert und (die) öffentliche Meinung Englands würde seinetwegen niemals einen Krieg gutheißen ...

Da mich beide weiterhin drängten, wir sollten uns vollständig solidarisch mit ihnen erklären, bemerkte ich, Sie möchten meines Erachtens geneigt sein, Wien und Berlin eindringlich vorzuhalten, daß ein österreichischer Angriff aus Serbien europäischen Frieden gefährden würde. Sie dürften vielleicht darauf hinweisen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zur Intervention zwingen, daß dadurch Deutschland und Frankreich hineingezogen würde und daß es bei einem etwaigen allgemeinen Krieg für England schwierig sein würde, neutral zu bleiben.

(Der russische) Minister des Äußeren sprach Hoffnung aus, daß wir jedenfalls scharfe Mißbilligung über Österreichs Schritt ausdrücken würden. Wenn der Krieg ausbräche, würden wir früher oder später hineingezogen, und wenn wir nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich und Rußland vorgingen, würden wir den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den französischen Staatsbesuch in St. Petersburg (x307/635): >>Grey (britischer Außenminister) wußte in groben Zügen, was bei dem französischen Staatsbesuch in St. Petersburg herausgekommen war. In einer Sendung vom 24. Juli (nach Poincarés Abreise) berichtete Botschafter Buchanan, daß die Treffen in der russischen Hauptstadt eine "vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten" zwischen Rußland und Frankreich zur "Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa" ergeben hätten.

Die beiden Staaten hätten "feierlich" die "durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen" bestätigt; Sasonow hatte Buchanan gebeten, gegenüber Grey die Hoffnung zu äußern, daß die britische Regierung "sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären" werde.

In seinen Kommentaren zu dieser Sendung verwendete Eyre Crowe schärfere Formulierungen, als Grey es wohl getan hätte, aber er gab trefflich die innere Logik der Haltung wieder, die der Außenminister einnehmen sollte:

Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere

Frage von Dreibund gegen Dreiverband (= Triple Entente) endgültig aufgeworfen ist. Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln. ...

In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten - in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs verknüpft.<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die damaligen "russisch-britischen Beziehungen (x312/198-199): >>Rußland und Großbritannien führten 1914, mit französischer Vermittlung, streng geheime Verhandlungen über eine Marinekonvention. Für den Kriegsfall war angestrebt, daß es in der Ostsee zu gemeinsamen amphibischen Operationen gegen die deutsche Küste und damit gewissermaßen zur Errichtung einer dritten Front, keine 200 Kilometer nördlich der Hauptstadt Berlin, kommen solle.

Dahinter standen wiederum russische Bedürfnisse angesichts der starken deutschen Position im Osmanischen Reich, also im südlichen Vorgelände des zaristischen Imperiums. An der russischen Botschaft in London gab es aber einen deutschen Spion, den baltendeutschen Diplomaten Benno von Siebert. Durch ihn waren Reichskanzler und Auswärtiges Amt in Berlin über die russisch-britischen Absichten unterrichtet, ohne dieses Geheimnis freilich öffentlich werden zu lassen. ...<<

Großbritannien: England ruft am 24. Juli 1914 alle europäischen Großmächte zur Vermittlung auf.

Der deutsche Botschafter in London schickt am 24. Juli 1914 folgendes Telegramm nach Berlin (x237/229): >>Die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Österreich serbischen Boden betrete in nächste Nähe gerückt. Die Folgen eines solchen Krieges zu viert, er (der englische Premierminister Grey) betonte ausdrücklich die Zahl vier und meinte damit Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich, seien vollkommen unabsehbar.

Wie auch immer die Sache verlaufe, eines sei sicher, daß nämlich eine gänzliche Erschöpfung und Verarmung Platz greife, Industrie und Handel vernichtet und die Kapitalkraft zerstört würde. Revolutionäre Bewegungen wie im Jahre 1848 infolge der daniederliegenden Erwerbstätigkeit würden die Folge sein. ...<<

25.07.1914

Rußland, Serbien, Österreich-Ungarn: Der russische Kronrat sichert Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnet daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatums die Mobilmachung an.

Obgleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt, ordnet Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Großbritannien: Der britische Diplomat Eyre Crowe (1864-1925) berichtet am 25. Juli 1914 (x307/699): >>Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich Folgendes ergeben:

a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. ...Wie wird dann die Lage eines freudlosen England sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen? ...<<

26.07.1914

Deutsches Reich: Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informiert Kaiser Wilhelm II., der damals eine Nordlandreise durchführt, am 26. Juli 1914 über die aktuelle Lage (x245/-25): >>Nachdem gestriger Abend vergangen, hat Eingang der Nachricht, daß Österreich die serbische Antwort als ungenügend erachtet, hier lebhaft patriotische Kundgebungen veranlaßt, die bedauerlicherweise zu einer antiserbischen Demonstration vor russischer Botschaft geführt haben.

Es ist zu gegenwärtigen, daß falls Eure Majestät von (der) Nordlandreise direkt nach Berlin kommen die mit Sicherheit zu erwartende sehr stürmische Begrüßung Eure Majestät zur Wiederholung dieser Demonstrationen führen wird.

Rußland würde dies ausbeuten, daß wir den Krieg mit ihm wollen. Der Zeitpunkt hierzu aber wäre verfrüht, solange Rußland gar keine aggressiven Schritte ergreift, Rußland aber muß rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht gesetzt werden. Eure Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, zunächst nach Potsdam zurückkehren zu wollen.<<

Rußland: Miroslav Spalajković (1864-1951, von 1906-1911 Leiter des serbischen Außenministeriums) berichtet am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den serbischen Politiker Miroslav Spalajković (x307/600-601): >>Am 26. und 27. Juli 1914 trafen begeisterte Depeschen von Spalajković mit der Neuigkeit ein, daß die Russen eine Armee von 1.700.000 Mann mobilisieren würden und die Absicht hätten, "unverzüglich eine energische Offensive gegen Österreich-Ungarn einzuleiten, sobald es Serbien angreife".

Der Zar sei davon überzeugt, meldete Spalajković am 26. Juli, daß die Serben "wie die Löwen" kämpfen würden und die Österreicher eventuell sogar aus eigener Kraft von ihrem Rückzugsort im Landesinneren aus schlagen könnten.

Die deutsche Haltung war zu dieser Zeit noch unklar, aber selbst wenn sich die Deutschen nicht an den Kämpfen beteiligen sollten, so Spalajković, sehe der Zar gute Chancen, "eine Teilung Österreich-Ungarns" zu bewerkstelligen; und wenn dies scheitern sollte, würden die Russen "die französischen Militärpläne ausführen, so daß der Sieg über Deutschland ebenfalls gewiß sei." ...<<

27.07.1914

Deutsches Reich: Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hält sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhält die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrt.

Wilhelm II. reagiert sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesel (der österreichische Gesandte) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<

Großbritannien: Die englischen Vermittlungsversuche vom 27. bis zum 31. Juli 1914 bleiben erfolglos.

28.07.1914

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. weist am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow (1863-1935, von 1913-1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt) an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese längst überfällige Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen (28. Juli) um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.

Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreich(ische) Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."

Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<

Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informiert am 28. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien (x056/317): >>... Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft. ... (Österreich solle in Petersburg erklären), daß seine militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen Punkten des serbischen Gebiets bezwecken, um ... Garantien für künftiges Wohlverhalten zu (er)zwingen. ...

Erkennt die russische Regierung (dies) nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreichs ... und seiner Verbündeten verschieben.

Der deutsche Botschafter solle aber in Wien sorgfältig vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, ... die Verwirklichung des von Österreich ... erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden (zu ermöglichen), ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns (möglichst) zu verbessern ...<<

Österreich-Ungarn: Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärt Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautet wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!

Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<

Jetzt ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit sind jetzt plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".

Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schreibt damals über die Kriegserklärung an Serbien (x307/602): >>... Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher und möchte es noch einmal mit diesem wenig hoffnungsvollen

Reich versuchen.<<

Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartet, ruft die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hofft bzw. erwartet man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.

Großbritannien: Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<

29.07.1914

Deutsches Reich: Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilt der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebt, falls England neutral bleibt (x063/481).

Österreich-Ungarn: In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschießen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).

Rußland: Zar Nikolaus II. schickt am 29. Juli 1914 ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II. (x058/283): >>Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem äußerst ernstesten Augenblick wende ich mich an Dich um Hilfe.

Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung in Rußland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden.

Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.<<

Der russische Zar ordnet aber noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaiser Wilhelms II. noch einmal gestoppt wird.

Großbritannien: Der deutsche Botschafter in London meldet am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<

30.07.1914

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung fordert am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Sasonow (russischer Außenminister) stellt unmittelbar bevorstehende Mobilmachung nicht in Abrede, meinte daraufhin, daß Rußland zu diesem Schritt von Österreich gezwungen sei, daß aber Mobilmachung noch lange keinen Krieg bedeute.

... Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungs austausches mit Petersburg ... würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist.

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<

Der deutsche Generalstabschef telegraphiert (ohne Wissen des deutschen Reichskanzlers) am 30. Juli 1914 an den österreichisch-ungarischen Generalstab (x056/317): >>Russische Mobilisierung durchhalten: Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland (zu) mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensation zur Bundespflicht

zwingen.<<

Der deutsche Reichskanzler telegraphiert am 30. Juli 1914, um 21 Uhr; an den deutschen Botschafter in Wien. Dieses Telegramm wird jedoch um 23.20 Uhr zurückgezogen (x056/317): >>Wenn Wien ... jedes Einlenken ... ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an dem ausbrechenden europäischen (Brand) zuzuschreiben. ...

(Kaiser Wilhelm) hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien unternommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. ...

Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation ...<<

Der französische Botschafter Cambon schreibt am 30. Juli 1914 aus Berlin an Ministerpräsident Viviani (x245/30-31): >>Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um 2 Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt ist es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden.

Ich weiß nicht, wer in den "Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.

Es kommt darauf an, die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst dann zu veröffentlichen, wenn sie in Deutschland mit Sicherheit beschlossen sind, damit die englische öffentliche Meinung, die in den Ereignissen eine so große Rolle spielt, uns nicht irgendeine Initiative zuschreiben kann, die zum Krieg führte.

Ich habe Anlaß zur Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind. Offensichtlich möchte man erreichen, daß wir unsere Mobilmachung zuerst bekannt geben. Wir dürfen diese Kalkül aber nicht aufgehen lassen und dürfen der Ungeduld nicht nachgeben, die sicherlich in der Presse und der öffentlichen Meinung in Paris entstehen wird.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den französischen Diplomaten Paul Cambon (x307/256-257): >>Cambon hielt sich nicht für einen untergeordneten Angestellten seiner Regierung, sondern für einen Diener Frankreichs, dessen großes Wissen ihn für eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozeß qualifizierte.

Das überhöhte Selbstwertgefühl Cambons (das im Übrigen viele Botschafter teilten) wurde von der Überzeugung getragen, daß man Frankreich nicht nur repräsentierte, man "personifizierte" es. Obwohl Cambon von 1898 bis 1920 Botschafter in London war, sprach er kein Wort Englisch. Bei seinen Begegnungen mit Edward Grey (der seinerseits kein Französisch sprach) bestand er darauf, daß jede Äußerung ins Französische übersetzt wurde, selbst so leicht verstehbare Wörter wie "Yes".

Er war wie viele Mitglieder der französischen Elite, fest überzeugt, daß Französisch die einzige Sprache sei, mit der man rationale Gedanken ausdrücken könne und lehnte die Gründung französischer Schulen in Großbritannien mit der abwegigen Erklärung ab, in Großbritannien aufgewachsene Franzosen seien am Ende tendenziell geistig zurückgeblieben. ...<<

Rußland: Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ordnet Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gibt damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.

Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.

In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien.

Ein Telegramm des Botschafters Nikolai Schebeko in Wien vom 29. Juli, indem er erklärte, daß der Befehl zur Generalmobilmachung für den folgenden Tag "erwartet" werde, wurde auf den 28. Juli zurückdatiert und wie folgt umformuliert: "Der Befehl zur Generalmobilmachung ist unterschrieben worden" – in Wahrheit sollte der Befehl zur österreichischen Generalmobilmachung erst am 31. Juli erteilt werden und am folgenden Tag in Kraft treten.

Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters Paléologue vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<

Großbritannien: Die britische Regierung lehnt am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).

31.07.1914

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. erklärt am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und fordert Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wird aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).

Die "Kölnische Volkszeitung" berichtet in der Abendausgabe vom 31. Juli 1914 (x191/7): >>Die Russen wollen den Krieg. ... (Auch die SPD erklärt:) Alle Parteileidenschaften schweigen. ... Wir Sozialdemokraten fühlen uns in dieser ernsten Stunde einig mit dem ganzen deutschen Volk ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung, den uns von der russischen Barbarei aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und mit dem letzten Blutstropfen für Deutschlands nationale Unabhängigkeit, Ruhm und Größe einzutreten.<<

Frankreich: Der belgische Gesandte in Paris schreibt am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<

01.08.1914

Deutsches Reich: Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortet, schickt Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).

Da der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhält, erfolgt um 17.00 Uhr die deutsche Mobilmachung.

Gegen 19.00 Uhr wird die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg beginnt als deutsch-russischer Krieg.

Die Wochenzeitschrift "Die Aktion" berichtet am 1. August 1914 über die drohende Kriegsgefahr (x267/15-16): >>Das also ist die Kulturhöhe, die wir erreichten: Hunderttausende, die gesündesten, wertvollsten und wertvollsten Kräfte zittern, daß ein Ungefähr, ein Wink der Regierer Europas, eine Böswilligkeit oder eine sadistische Laune, ein Cäsarenwahn oder eine Geschäftsspekulation, ein hohles Wort oder ein vager Ehrbegriff, sie morgen aus ihrem Heim jagt, hinweg von Weib und Kind, hinweg von allem mühselig Aufgebauten, in den Tod.

Der irre Zufall kann heute, kann morgen, kann jede Minute rufen, und alle, alle werden kommen. Der Not gehorchend – aber gehorchend. Anfangs werden sie heulen, daß sie hier ihr Erdenglück zusammenbrechen sehen – bald jedoch werden sie, wenn auch nicht mit ganz sauberer Unterwäsche vom allgemeinen Taumel besessen sein und besinnungslos morden und gemordet werden. ...

Es ist dumm ein Wort der Vernunft zu sprechen, wenn die Stunde der Vernunft nicht da ist. ... Der Chauvinismus (maßloser Nationalismus) ist die ständige Lebensgefahr der Menschheit. Er, allein er, kann über Nacht aus Millionen Vernunftwesen Besessene machen. ...<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 1. August 1914 nach der Bekanntgabe der Mobilmachung (x267/16-17): >>Unter den Linden und vor dem königlichen Schloß sammelten sich bald nach der Bekanntgabe der Mobilmachung viele Hunderttausende von Menschen. Jeder Wagenverkehr hörte auf. Der Lustgarten und der freie Platz vor dem Schloß waren dicht angefüllt von den Menschenmassen, die patriotische Lieder sangen und wie auf Kommando gleichmäßig immer wieder den Ruf erneuerten: "Wir wollen den Kaiser sehen!"

Gegen ½ 7 erschien der Kaiser am mittleren Fenster der ersten Etage, von einem unbeschreiblichen Jubel und von Hurrarufen begrüßt. ...

Patriotische Lieder wurden angestimmt. Nach einiger Zeit trat in der Menge Ruhe ein. Die Kaiserin trat an die Seite des Kaisers, der den Massen zuwinkte, daß er sprechen wolle.

Unter tiefstem Schweigen sprach der Kaiser dann ungefähr mit weithin vernehmbarer, langsam stärker werdender Stimme:

"Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen. Wenn uns unsere Nachbarn den Frieden nicht gönnen, dann hoffen und wünschen wir, daß unser gutes deutsches Schwert siegreich aus dem Kampf hervorgehen wird."

An diese Worte des Kaisers schloß sich ein Jubel, wie er wohl noch niemals in Berlin erklungen ist. Die Menge stimmte begeistert erneut patriotische Lieder an.<<

Der deutsche Schriftsteller Carl Zuckmayer (1896-1977, emigriert 1938 in die USA) berichtet nach dem Kriegsausbruch über die Reaktionen der Mainzer Bevölkerung (x239/202-203):

>>Es war Samstag, der erste August. In unserer Gegend, der Mainzer Neustadt, war alles totenstill, kein Mensch und kein Fahrzeug auf der Straße, die Häuser wie ausgestorben. Aber von der Stadtmitte hörte man, undeutlich und verworren, ein leises Brausen von vielen Stimmen, Gesang, Militärmusik.

Ich lief in die Stadt. Je näher ich dem Schillerplatz kam auf dem sich das Gouvernement der Garnison befand, desto dichter war das Gedränge: so ging es sonst nur zu, wenn an Fastnacht der Rosenmontagszug erwartet wurde.

Aber die Stimmung war anders. Obwohl man Rufen, auch Schreien und Lachen hörte, war in dem ganzen Getriebe eine zielhafte Geschlossenheit, nichts von müßiger Neugier, so als hätte jeder dort, wo alle hinströmten, etwas Dringendes, Unaufschiebbares zu tun.

Mitten durch all die Menschen marschierten kleine Kommandos der Gouvernements-Wache, die an den Straßenecken noch druckfeuchte Plakate anchlugen, darauf stand in großen, weithin lesbaren Buchstaben:

"Seine Majestät der Kaiser und König hat die Mobilmachung von Heer und Flotte angeordnet.

Erster Mobilmachungstag ist der zweite August.

gez. Wilhelm II.

Sonst nichts. Wer damals dabei war, hat diesen Text nie vergessen.

Da und dort traf ich Schulkameraden oder Freunde aus der Nachbarschaft und auch das gehörte zu dem Unfaßlichen: wir sprachen kaum miteinander, wir berieten uns nicht, wir schauten uns nur an, nickten uns zu, lächelten: es war gar nichts zu besprechen.

Es war selbstverständlich, es gab keine Frage, keinen Zweifel mehr: wir würden mitgehen, alle. ...<<

Frankreich: Die französische Regierung beantwortet am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482).

Um 16.55 Uhr ordnet Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).

Großbritannien: Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) läßt am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts (nur mit Billigung des Premierministers) die britische Flotte mobilisieren (x307/691).

02.08.1914

Deutsches Reich: Um den gefürchteten Zweifrontenkrieg zu verhindern, soll der Westkrieg so schnell wie möglich entschieden werden, deshalb muß das Deutsche Reich einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen. Belgien lehnt jedoch am 2. August 1914 die ultimative Forderung ab, den deutschen Truppendurchmarsch zu gestatten.

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 2. August 1914 (x267/18): >>Bei den Standesämtern der Stadt- und Landgemeinden Großberlins sind am Samstag und Sonntag rund 1.800 Nottrauungen vollzogen worden; auf Berlin entfallen etwa 1.000 Nottrauungen.

In den Krankenhäusern und Wöchnerinnenheimen, wo die Bräute der zum Felddienst Einberufenen liegen, wurden gestern allein sechs Kriegstraungen am Krankenbett durch den Standesbeamten vollzogen, wobei zumeist Ärzte als Trauzeugen fungierten.<<

03.08.1914

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich kommt der französischen Kriegserklärung zuvor und erklärt Frankreich am 3. August 1914 den Krieg.

Der deutsche Reichskanzler beauftragt am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>Bitte (dem britischen Außenminister Edward Grey) zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.

Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßnahmen beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden

...

Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.

Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer (den Frieden zu erhalten) durchkreuzt ...<<

Ein 24jähriger deutscher Jurastudent, der bereits im September 1914 nach einer Verwundung in Frankreich sterben wird, schreibt am 3. August 1914 (x261/214): >>... Hurra!

Endlich habe ich meine Beorderung: morgen vormittag 11 Uhr in einem hiesigen Lokal. Stunde um Stunde habe ich auf meinen Befehl gewartet.

Heute vormittag traf ich eine junge bekannte Dame; ich schämte mich fast, mich in Zivilkleidern vor ihr sehen zu lassen. – Auch ihr meine guten Eltern, werdet mir recht geben: ich gehöre nicht mehr ins friedliche Leipzig.

Liebe Mutter, halte Dir bitte, bitte immer vor Augen, was ich seit gestern im Wechsel der Stimmungen gelernt: Wenn wir in diesen Zeiten an uns und unsere Angehörigen denken, werden wir klein, schwach.

Denken wir an unser Volk, ans Vaterland, an Gott, an alles Umfassende, so werden wir mutig und stark.<<

Belgien: Als deutsche Truppen am 3. August 1914 in Belgien einmarschieren, bittet Belgien die vermeintlich unschlüssigen Briten um Hilfe.

Aufgrund des Einmarsches in Belgien gelten die Deutschen später als Kriegsverursacher, obgleich Rußland und Frankreich die Mobilmachung nachweislich vor dem Deutschen Reich anordnen.

Frankreich: Der französische Schriftsteller Romain Rolland (1866-1944, Unterstützer der pazifistischen Bewegung, erhält 1915 den Nobelpreis) schreibt am 3. August 1914 in sein Tagebuch (x239/204): >>Dieser europäische Krieg ist seit Jahrhunderten die größte geschichtliche Katastrophe; er bedeutet das Ende unserer heiligsten Hoffnungen in die Brüderlichkeit unter den Menschen.

Das Schlimmste ist das Gefühl, daß es nicht nur Fortschritt, sondern auch Rückschritt gibt. Noch 1870 hatte sich wenigstens eine Elite von Männern gegen den Krieg erhoben.

Bebel ließ nicht nach, gegen die Annexion Elsaß-Lothringens zu protestieren.

Diesmal ist der springende Punkt die Tatsache, daß sich die Sozialisten aller Länder ohne Zögern für den Krieg ausgesprochen haben. ...<<

Großbritannien: Der britische Außenminister Sir Edward Grey sagt am 3. August 1914 zu einem Freund (x191/7): >>Die Lampen gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserm Leben nie wieder leuchten sehen. ...<<

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914

Wesentliche Kriegsgründe waren z.B.:

1. Nationalitätenprobleme und weltweiter Imperialismus: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich infolge der großen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen dramatische Nationalitätenprobleme (Zeitalter des Nationalismus) und globale imperialistische Machtinteressen entwickelt, die man mit den damaligen politischen Mitteln und Gesellschaftsordnungen nicht mehr lösen konnte.

2. Der nordamerikanisch-deutsch-englisch-französische Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung: Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

3. Rüstungswettlauf: Alle europäischen Großmächte verfügten über hochgerüstete Armeen. Im Jahre 1914 verfügte z.B. Frankreich über eine schlagkräftige, moderne Armee, die über 910.000 Soldaten und 1.325.000 Reservisten besaß, während das Deutsche Reich nur 870.000 Mann und 1.180.000 Reservisten aufbieten konnte (x063/418).

4. Fehlende Kompromißbereitschaft: Kein Staat wollte damals auf seine vermeintlichen Ansprüche verzichten.

5. Verhängnisvolle Bündnispolitik: Der Automatismus bzw. die Eigendynamik der Paktsysteme erzwangen später zwangsläufig die Mobilmachungen und setzten die durchorganisierte Kriegsmaschine unaufhaltsam in Gang.

6. Versagen der europäischen Politiker: Nach Bismarcks Rücktritt gab es keine überragenden Persönlichkeiten mehr, die in der Lage waren, Verantwortung zu übernehmen und die dringend erforderlichen Vermittlerrollen zu übernehmen.

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schreibt später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>... Im Laufe von

drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.

Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.

Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. ...

Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.

Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.

Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. ...<<

Der deutsche Historiker Imanuel Geiss (1931-2012) schreibt später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x272/93): >>Der auslösenden Funke entsprang dem nur scheinbar sekundären Spannungsherd zwischen Serbien und Österreich-Ungarn.

In Wirklichkeit verbarg sich dahinter der säkulare Konflikt zwischen dem dynastischen, übernationalen, konservativen Staatsprinzip und dem modernen, nationalrevolutionären und nationaldemokratischen Prinzip der Selbstbestimmung, der in mannigfachen Formen seit der Französischen Revolution bis in unsere Tage hinein die Weltgeschichte geprägt hat, ein Konflikt, der weit über die Betrachtung der "Kriegsschuldfrage" hinaus auf universalhistorische Zusammenhänge weist. ...

In einem tieferen Sinn fällt die letzte Verantwortung schließlich auf die Führungsschicht Österreich-Ungarns selbst zurück, weniger, weil sie Franz Ferdinand nach Sarajewo in eine "Allee von Bombenwerfern" schickte, als vielmehr wegen ihrer Unfähigkeit, das legitime Streben der Nationalitäten nach Freiheit, Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit (ein in Deutschland und Österreich bei der pauschalen Verurteilung der Attentäter von Sarajewo meist vernachlässigtes Motiv) zu erfüllen.

Durch das starre Festhalten an überholten Staats- und Gesellschaftsauffassungen gaben die traditionellen Mächte den politischen Regungen der jungen südslawischen Intelligenz im eigenen Land keinen Raum, so daß sie in ihrer Ratlosigkeit verzweifelt zu dem Mittel des politischen Mordes griff. ...<<

Der deutsche Historiker Walther Hubatsch (1915-1984) schreibt später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panslawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.

Hinzu trat die Furcht (der Deutschen), die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in

der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden.
...<<

Der deutsche Historiker Theodor Schieder schreibt später über die Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg (x058/291-293): >>Unter den politischen Problemen des Krieges steht die Frage der Kriegsziele der Mächte an erster Stelle; sie ist eng mit dem Problem des Friedens verknüpft. Kriegsziele konnten von den Mächten und der Öffentlichkeit in den einzelnen kriegführenden Staaten intern diskutiert oder zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben werden, sie konnten sich aber auch in zwischenstaatlichen Abkommen niederschlagen und dann als Grundlage eines Bündnisses gelten.

Zwischen den Mächten, die in den ersten Wochen in den Krieg eintraten, bestanden Vereinbarungen, die über defensive Ziele wie Sicherheit, Aufrechterhaltung des Gleichgewichts hinausgingen, nicht; für keine dieser Mächte ist ein expansives Programm der unmittelbar Grund des Krieges gewesen.

Der ausbrechende Krieg beehrte aber dann untergründige Begehrlichkeiten, er beseitigte die Hemmungen, die den Diplomaten und Militärs auferlegt waren, solange die bestehende Staatenordnung noch die Grundlage aller Überlegungen bildete. ...

Man wird sagen dürfen, daß nach den zwischen den Alliierten vereinbarten Kriegszielen die Türkei als selbständiger Staat zu existieren aufgehört hätte, während die Lebensfähigkeit Österreichs aufs äußerste geschwächt worden wäre. Immerhin zögerten namentlich die englischen Staatsmänner, Österreich durch Freigabe der Selbstbestimmung seiner kleineren Völker preiszugeben, solange noch die Chance eines Sonderfriedens mit der Monarchie bestand.

Schwieriger sind schon die alliierten Kriegsziele gegenüber dem Deutschen Reich zu bestimmen. Von einer Einheitlichkeit der drei Mächte wird man hier kaum sprechen können. Wenn auch ein englischer Staatsmann wie Lloyd George in seiner Knock-out-Erklärung die völlige Niederwerfung Deutschlands und des preußischen Militärdespotismus als Ziel der englischen Politik verkündet hat, so steht fest, daß England im letzten eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts durch ein übermächtiges Frankreich nicht wünschte, was kein anderer als Lloyd George selbst durch seine spätere Politik bezeugt hat.

Eine englische Kriegszielenkschrift des Foreign Office von 1916, die die Grundlage der weiteren englischen Kriegszieldiskussion bildete, sprach nur von Wiederherstellung Belgiens und Rückgabe Elsaß-Lothringens. Sonst hielt sie am Grundsatz des Nationalitätenprinzips fest, forderte z.B. einen großpolnischen "Pufferstaat" in Personalunion mit Rußland. Außerdem ist von einer Auflösung der habsburgischen Monarchie und der Angliederung Deutsch-Österreichs an das Reich die Rede, das damit eine Entschädigung für seine Verluste an anderen Gebieten erhalten hätte.

Als die Ententemächte im Zusammenhang mit der Friedensinitiative des amerikanischen Präsidenten Wilson von diesem aufgefordert wurden, ihre Kriegsziele bekanntzugeben, taten sie dies in der Note vom 12.1.1917.

In ihr war außer der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, der Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Rußlands und Rumäniens und einer "gerechten Wiedergutmachung für den Wiederaufbau Europas" die Rückgabe der geraubten Provinzen und Gebiete, also Elsaß-Lothringens, gefordert, schließlich aber auch die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft und die Befreiung der Bevölkerung, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sei, und die Entfernung des türkischen Reiches aus Europa.

In diesem Programm erschienen gegenüber Deutschland keine weitergehenden Forderungen als die auf Elsaß-Lothringen, was den Interessen der englischen Politik entsprach, hingegen mußte die massive Vertretung des Nationalitätenprinzips die Zerstörung der Lebensgrundla-

gen Österreich-Ungarns bedeuten.

Diese öffentlich bekanntgegebenen Kriegszielforderungen der Ententemächte stehen zeitlich in nächster Nähe zu einem informellen Abkommen zwischen Frankreich und Rußland vom Februar/März 1917, daß die extremsten Kriegsziele gegenüber Deutschland enthält.

In dieser Vereinbarung, die die Unterschrift Briands trug, wird davon gesprochen, daß Frankreich außer Elsaß-Lothringen das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Lothringen einschließlich des Saargebiets erhalten solle. Für die übrigen Gebiete links des Rheins wurde die Bildung eines autonomen und neutralen Staates vorgesehen. Rußland wurde dafür konzidiert, daß es sich nach seinem Belieben seine Westgrenzen festsetzen dürfe, womit ihm Frankreich freie Hand auch in der polnischen Frage gab.

Diese Verhandlungen werden allerdings in einem Augenblick der eklatanten Schwäche Rußlands und des dringenden Bedürfnisses der französischen Politik geführt, den russischen Bundesgenossen nicht zu verlieren. Als dann doch dieser Fall eintrat, sind offensichtlich so extreme Forderungen wie im Winter 1916/17 offiziell nicht mehr vertreten worden.

Im Mittelpunkt stand jetzt die Forderung nach Rückgabe Elsaß-Lothringens, der auch die englische und amerikanische Regierung zustimmten, zum Teil wurde das Interesse auf weit entfernt liegende Interessengebiete in Rußland abgelenkt. Erst seit der großen Wende der Schlacht in Frankreich im Sommer 1918 kam der französische Ministerpräsident Clemenceau auf weitergehende Ziele zurück, wie sie dann im Zusammenhang der französischen Sicherheitspolitik am Rhein auf der Pariser Friedenskonferenz vorgebracht wurden.

Man kann daher sagen, daß die Bedingungen des Friedens von Versailles noch in der Atmosphäre des Krieges vorbereitet, daß sie aber zu ihrer vollen Schärfe erst nach der Niederlage der Mittelmächte entwickelt wurden. Einiges hat dazu wohl auch die Tatsache beigetragen, daß erst auf der Konferenz die Divergenz zwischen britischen und französischen Anschauungen über die Zukunft Deutschlands in Europa ganz offenkundig wurde und der französischen Konzeption dort noch eine weitere, völlig verschiedene, nämlich die des amerikanischen Präsidenten Wilson gegenübertrat. ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet im Jahre 2012 in der Einleitung seines Buches "DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x307/9-20): >>... Auf dem europäischen Kontinent herrschte Frieden an jenem Morgen des 28. Juni 1914, einem Sonntag, als Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie Chotek auf dem Bahnhof von Sarajevo ankamen.

Nur 37 Tage später befand sich Europa im Krieg. Der Konflikt, der in jenem Sommer begann, mobilisierte 65 Millionen Soldaten, brachte drei Reiche zu Fall und forderte 20 Millionen militärische und zivile Todesopfer sowie 21 Millionen Verwundete. Die Greuel des 20. Jahrhunderts in Europa gingen aus dieser Katastrophe hervor; es war, wie der amerikanische Historiker Fritz Stern es nannte, "die erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Große Krieg, aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben".

Die Diskussion, warum es dazu kam, begann, noch ehe die ersten Schüsse fielen, und sie ist bis heute nicht beendet. Sie hat historische Literatur von einzigartiger Fülle, Differenziertheit und moralischer Intensität hervorgebracht. Für Theoretiker der internationalen Beziehungen sind die Ereignisse von 1914 immer noch die politische Krise par excellence, so verworren, daß sie unzähligen Hypothesen Raum geben.

Ein Historiker, der den Ursprung des Ersten Weltkrieges untersucht, stößt auf mehrere Probleme. Das naheliegendste Problem ist das Überangebot an Quellen. Jeder kriegführende Staat hat mehrbändige, offizielle Editionen der diplomatischen Akten herausgegeben, das umfassende Werk mühsamer, kollektiver Archivarbeit. Staatsmänner, Befehlshaber, Minister, hohe Regierungsvertreter, Adjutanten und Höflinge haben Tagebücher und Memoiren geschrieben, alles in allem Zehntausende von Seiten. In diesem Meer von Quellen gibt es tückische Strö-

mungen. Die meisten offiziellen Quelleneditionen, die in der Zwischenkriegszeit erschienen sind, haben eine apologetische Tendenz.

Die 57-bändige deutsche Publikation "Die Große Politik", die 15.889 Dokumente, geordnet nach 300 Themenfeldern, umfaßt, wurde keineswegs aus rein wissenschaftlichem Interesse herausgegeben; man hoffte, die Offenlegung der Quellen vor dem Krieg werde ausreichen, um die in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags enthaltene These der "Kriegsschuld" zu widerlegen.

Auch für die französische Regierung war die Veröffentlichung der Dokumente ein Projekt von "im Grunde politischem Charakter", wie Außenminister Jean Louis Barthou es im Mai 1934 ausdrückte. Es hatte zum Ziel, "ein Gegengewicht zu der Kampagne zu bilden, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles lancierte".

In Wien setzte man sich, wie Ludwig Bittner, der Mitherausgeber der achtbändigen Sammlung "Österreich-Ungarns Außenpolitik", im Jahr 1926 darlegte, zum Ziel, eine maßgebliche Quellenedition zusammenzustellen, ehe ein internationales Gremium (womöglich der Völkerbund?) die österreichische Regierung zur Veröffentlichung unter weniger günstigen Vorzeichen zwang.

Die frühen sowjetischen Quelleneditionen litten zum Teil unter dem Bestreben, den Nachweis zu erbringen, daß der Krieg vom autokratischen Zaren und seinem Bündnispartner, dem bürgerlichen Raymond Poincaré, initiiert worden sei. Die Sowjetregierung hoffte, auf diese Weise französischen Forderungen nach Rückzahlung der Vorkriegsdarlehen die rechtliche Grundlage zu entziehen.

Selbst in Großbritannien, wo die Edition "British Documents on the Origins of the War" unter hehren Appellen an die unparteiische akademische Lehre veröffentlicht wurde, war die erschienene Quellenedition nicht ganz frei von tendenziösen Auslassungen, die ein leicht un ausgewogenes Bild von dem Platz Großbritanniens bei den Ereignissen unmittelbar vor Kriegsausbruch im Jahr 1914 ergeben.

Mit einem Wort, die großen europäischen Quelleneditionen waren, bei all ihrem unleugbaren Wert für die Forscher, Munitio in einem "Weltkrieg der Dokumente", wie der deutsche Militärhistoriker Bernhard Schwertfeger in einer kritischen Studie aus dem Jahr 1929 anmerkte.

Die Memoiren der Staatsmänner, Befehlshaber und anderer Entscheidungsträger sind nicht weniger problematisch, so unverzichtbar sie auch für jeden sind, der die Ereignisse zu verstehen versucht, die sich im Vorfeld des Krieges abspielten. Einige sind ausgerechnet bei den brennenden Fragen enttäuschend zugeknöpft. Nehmen wir nur drei Beispiele:

"Die Betrachtungen zum Weltkriege", die der deutsche Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1919 veröffentlichte, sagen so gut wie nichts über seine eigenen Handlungen oder die seiner Kollegen während der Julikrise 1914 aus; die politischen Memoiren des russischen Außenministers Sergej Sasonow sind oberflächlich, aufgebläht, hier und da verlogen und absolut nichtssagend im Hinblick auf seinen Anteil an den maßgeblichen Ereignissen; die zehnbändigen Memoiren des französischen Präsidenten Poincaré über seine Jahre an der Macht sind eher propagandistisch als erhellend - es bestehen eklatante Diskrepanzen zwischen seinen "Erinnerungen" an die Ereignisse während der Krise und den zeitgenössischen Notizen in seinem unveröffentlichten Tagebuch.

Die liebenswürdigen Memoiren des britischen Außenministers Sir Edward Grey sind lückenhaft in der heiklen Frage nach den Zusagen, die er den Ententemächten vor August 1914 gemacht hatte, und nach der Rolle, die diese beim Krisenmanagement gespielt hatten.

Als der amerikanische Historiker Bernadotte Everly Schmitt von der University of Chicago Ende der 1920er Jahre mit Empfehlungsschreiben nach Europa reiste, um ehemalige Politiker zu interviewen, die an den Ereignissen beteiligt gewesen waren, war er schockiert über die augenscheinliche, völlige Immunität seiner Gesprächspartner gegen jeden Selbstzweifel. (Die

einzigste Ausnahme war Grey, der "spontan anmerkte", daß er einen taktischen Fehler begangen hatte, als er versuchte, in der Julikrise mittels der Berliner Regierung mit Wien zu verhandeln, dabei war die erwähnte Fehleinschätzung von untergeordneter Bedeutung und der Kommentar entsprach eher einer typisch englischen Selbstkasteiung als einem echten Eingeständnis einer Mitverantwortung.)

Einige hatten auch Probleme mit dem Gedächtnis. Schmitt spürte Peter Bark auf, den ehemaligen russischen Finanzminister, der inzwischen als Banker in London tätig war. Im Jahr 1914 hatte Bark an Sitzungen teilgenommen, bei denen Entscheidungen von enormer Tragweite getroffen wurden. Aber als Schmitt sich mit ihm traf, blieb Bark hartnäckig dabei, daß er "kaum eine Erinnerung an Ereignisse aus jener Ära habe". Zum Glück sind die eigenen Notizen des Ministers aus jener Zeit aufschlußreicher.

Als der Forscher Luciano Magrini im Herbst 1937 nach Belgrad fuhr, um jeden Überlebenden zu interviewen, der nach dem damaligen Wissensstand in irgendeiner Form mit der Verschwörung von Sarajevo in Verbindung stand, stellte er fest, daß manche Zeugen zu Angelegenheiten Aussagen machten, von denen sie eigentlich nichts wissen konnten, andere hingegen "stumm blieben oder eine falsche Darstellung von dem, was sie wissen, lieferten" und wieder andere "ihre eigenen Aussagen noch ausschmückten oder in erster Linie an Selbstrechtfertigung interessiert waren".

Überdies bestehen immer noch beträchtliche Wissenslücken. Ein Teil der wichtigen Kommunikation zwischen Hauptakteuren spielte sich verbal ab und ist nicht dokumentiert - der Meinungsaustausch kann in diesen Fällen lediglich über indirekte Hinweise oder spätere Aussagen rekonstruiert werden. Die serbischen Organisationen, die mit dem Attentat zu tun hatten, waren extrem verschwiegen und hinterließen so gut wie keine schriftlichen Spuren.

Dragutin Dimitrijević, der Chef des serbischen Militärgesheimdienstes, ein zentraler Akteur bei der Verschwörung gegen Franz Ferdinand in Sarajevo, verbrannte in regelmäßigen Abständen alle seine Unterlagen. Von dem genauen Inhalt der ersten Gespräche zwischen Wien und Berlin darüber, was als Reaktion auf die Schüsse in Sarajevo unternommen werden sollte, ist vieles unbekannt.

Die Protokolle der Gipfeltreffen zwischen der französischen und russischen politischen Führung, die vom 20. bis 23. Juni in St. Petersburg stattfanden, Dokumente von potentiell enormer Bedeutung für das Verständnis der letzten Phase der Krise, sind nie gefunden worden (die russischen Protokolle sind vermutlich schlichtweg verschollen; das französische Team, das die "Documents Diplomatiques Français" herausgab, konnte die französische Fassung nicht finden).

Die Bolschewiken veröffentlichten viele zentrale diplomatische Dokumente in dem Versuch, die imperialistischen Machenschaften der Großmächte zu diskreditieren, aber sie erschienen in unregelmäßigen Abständen, ohne bestimmte Ordnung und konzentrierten sich generell auf bestimmte Themen wie die russischen Pläne am Bosphorus.

Einige Dokumente (die genaue Zahl ist nicht bekannt) gingen im Chaos des Bürgerkriegs beim Transport verloren, und die Sowjetunion gab nie eine systematisch zusammengestellte Quellensammlung heraus, die sich mit den britischen, französischen, deutschen und österreichischen Editionen messen konnte. Die veröffentlichten Quellen auf russischer Seite sind bis heute alles andere als vollständig.

Die außerordentlich enge Verflechtung der Krise ist ein weiteres Kennzeichen. Die Kubakrise war schon komplex genug, dabei waren nur zwei Hauptakteure daran beteiligt (die USA und die Sowjetunion), sowie eine Reihe von Stellvertretern und untergeordneten Akteuren.

Eine Darstellung, wie der Erste Weltkrieg zustande kam, muß hingegen die multilateralen Interaktionen von fünf autonomen, gleichwertigen Akteuren (Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland und Großbritannien) - sechs, wenn man Italien mitzählt - berücksichti-

gen.

Hinzu kommen mehrere strategisch wichtige und ebenso autonome, souveräne Akteure wie das Osmanische Reich und die Staaten auf der Balkanhalbinsel, einer Region, die in den Jahren vor Kriegsausbruch von starken, politischen Spannungen und einer extremen Instabilität geprägt war.

Verkompliziert wird das Ganze durch die Tatsache, daß die politischen Entscheidungsprozesse in den von der Krise betroffenen Staaten häufig alles andere als transparent sind. Man kann in den Ereignissen des Juli 1914 eine "internationale" Krise sehen, ein Begriff, der eine Gruppe von Nationalstaaten impliziert, die man sich als kompakte, autonome, eigenständige Einheiten vorstellen muß, wie Billardkugeln auf einem Tisch.

Aber die souveränen Strukturen, die in der Krise die Politik gestalteten, waren ausgesprochen uneinheitlich. Damals herrschte eine Unsicherheit (und unter Historikern besteht sie noch heute), wer innerhalb der verschiedenen Regierungsbehörden denn genau die Macht hatte, den politischen Kurs zu bestimmen; überdies gingen "politische Maßnahmen" (oder zumindest eine Politik fördernde Initiativen der verschiedensten Art) nicht unbedingt vom Zentrum des Systems aus; sie konnten von recht peripheren Orten im diplomatischen Apparat, von militärischen Befehlshabern, von Ministerialbeamten und sogar von Botschaftern ausgehen, die häufig auf eigene Faust Entscheidungsträger waren.

Die erhaltenen Quellen präsentieren uns somit ein Wirrwarr aus Versprechungen, Drohungen, Plänen und Prognosen - genau dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, daß der Kriegsausbruch auf so irritierend vielfältige Weise interpretiert wurde und wird.

So gut wie jede Sichtweise der Ursprünge läßt sich anhand einer Auswahl der verfügbaren Quellen belegen. Und das erklärt wiederum zum Teil, weshalb die Literatur zu den "Anfängen des Ersten Weltkrieges" so gigantische Ausmaße erreicht hat, daß kein einziger Historiker (nicht einmal eine Fantasiegestalt, welche alle erforderlichen Sprachen fließend beherrscht) jemals hoffen kann, alle diese Werke zu Lebzeiten zu lesen - schon vor zwanzig Jahren umfaßte eine Bibliographie der damaligen Literatur 25.000 Bücher und Artikel.

Manche Darstellungen haben sich ganz auf die Frage der Verantwortung eines schwarzen Schafes unter den europäischen Staaten kapriziert (mit Deutschland als häufigstem Kandidaten, aber keine einzige Großmacht blieb von der Zuweisung der Hauptverantwortung völlig verschont); andere haben die Schuld aufgeteilt oder nach Fehlern im "System" gesucht. Die Frage war stets so aktuell und vielschichtig, daß die Diskussion unablässig weiterging.

Und im Kontext der historischen Diskussionen, die sich tendenziell mit den Fragen der Schuld oder der Beziehung zwischen individueller Urheberschaft und strukturellen Zwängen befaßten, erstreckt sich ein weites Feld an Kommentaren zu den internationalen Beziehungen, in denen Kategorien wie Abschreckung, Entspannung und Unabsichtlichkeit oder verallgemeinerbare Mechanismen wie Ausbalancieren, Verhandeln und Einreihen in den Vordergrund rücken. Obwohl die Erörterung dieser Frage inzwischen fast hundert Jahre alt ist, besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie obsolet ist.

Auch wenn die Diskussion alt ist, so ist das Thema immer noch aktuell, eigentlich ist es heute sogar aktueller und bedeutsamer als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Umbrüche in unserer eigenen Welt haben unsere Sichtweise der Ereignisse von 1914 verändert. Es war einfach, sich die Katastrophe von Europas "letztem Sommer" als ein Kostümspektakel der Ära Eduards VII. vorzustellen.

Die verweichlichten Rituale und pompösen Uniformen, der "Ornamentalismus" einer Welt, die immer noch zum großen Teil in erblichen Monarchien organisiert war, hatten eine distanzierende Wirkung auf die heutige Erinnerung. Sie schienen zu signalisieren, daß die Protagonisten Menschen aus einer anderen, untergegangenen Welt waren. Die Vermutung hielt sich hartnäckig, daß die Akteure, wenn sie schon buschige, grüne Straußenfedern auf ihren Hüten

trugen, auch entsprechende Gedanken und Motive gehabt haben mußten.

Dabei muß jedem Leser aus dem 21. Jahrhundert, der den Verlauf der Krise von 1914 aufmerksam verfolgt, deren Aktualität ins Auge springen. Alles fing mit einem Kommando von Selbstmordattentätern und einem Autokorso an. Hinter der Greuelthat von Sarajevo stand eine erklärte Terrororganisation, die einen Opfer-, Todes- und Rache Kult pflegte; überdies war diese Terrororganisation extraterritorial und kannte keinen eindeutigen geographischen oder politischen Ort. Sie war in Zellen über politische Grenzen hinweg verstreut, man konnte sie nicht zur Rechenschaft ziehen, zu einer souveränen Regierung unterhielt sie lediglich indirekt und heimlich Kontakte, die für Außenstehende kaum auszumachen waren.

Tatsächlich könnte man sogar behaupten, daß die Julikrise 1914 uns heute weniger fremd - weniger unerklärlich - ist als noch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist an die Stelle des Systems globaler, bipolarer Stabilität ein weit komplexeres und unberechenbareres Gefüge von Kräften getreten, einschließlich einiger Reiche im Niedergang und aufsteigender Mächte - ein Zustand, der zum Vergleich mit der Situation in Europa anno 1914 geradezu einlädt.

Dieser Perspektivwechsel veranlaßt uns, die Geschichte der Entwicklung zum Krieg neu zu betrachten. Wenn man sich dieser Herausforderung stellt, so heißt das keineswegs, mit aller Gewalt einen banalen Gegenwartsbezug herzustellen, der sich die Vergangenheit so zurechtbastelt, daß sie den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, sondern es geht darum, jene Merkmale der Vergangenheit zu erkennen, auf die wir durch unseren veränderten Standpunkt einen klareren Blick erhalten haben.

Dazu zählt etwa der Balkankontext des Kriegsbeginns. Serbien ist einer der blinden Flecke der Historiographie zur Julikrise. Das Attentat in Sarajevo wird in vielen Darstellungen als reiner Vorwand behandelt, als ein Ereignis ohne großen Einfluß auf die eigentlichen Kräfte, deren Zusammenspiel den Konflikt herbeiführte. In einer ausgezeichneten Studie zum Ausbruch des Krieges 1914 erklären die Autoren: "Die Morde (in Sarajevo) allein lösten nichts aus. Erst die Art und Weise, wie dieses Ereignis ausgenutzt wurde, führte die Nationen in den Krieg."

Die Marginalisierung der serbischen und damit der breiteren Balkandimension der Geschichte setzte schon während der Julikrise ein, die als eine Antwort auf die Morde in Sarajevo begann, aber später eine andere Richtung erhielt und in eine geopolitische Phase eintrat, in der Serbien und seine Aktionen eine untergeordnete Rolle spielten.

Auch unser moralischer Kompaß hat sich verändert. Die Tatsache, daß ein serbisch dominierendes Jugoslawien als einer der Siegerstaaten aus diesem Krieg hervorging, schien implizit die Tat des Mannes zu rechtfertigen, der am 28. Juni die Schüsse abgab - so sahen es mit Sicherheit die jugoslawischen Behörden, die den Ort des Attentats mit Fußabdrücken aus Bronze und einer Tafel markierten, welche die "ersten Schritte in die Freiheit der Jugoslawen" feierten.

In einer Zeit, in der die nationale Idee noch jung und voller Versprechungen war, herrschte intuitiv Sympathie mit dem Nationalismus der Südslawen und wenig Sympathie für die schwerfällige Völkergemeinschaft des Habsburger Reichs. Die Kriege im Ex-Jugoslawien der neunziger Jahre haben uns an die Tödlichkeit des Nationalismus auf dem Balkan erinnert. Seit Srebrenica und der Belagerung Sarajevos fällt es schwerer, Serbien als reines Objekt oder Opfer der Großmachtpolitik zu sehen, statt dessen kann man sich leichter den serbischen Nationalismus als eigene historische Kraft vorstellen.

Aus der Sicht der heutigen Europäischen Union betrachten wir den zerfallenen Flickenteppich des habsburgischen Österreich-Ungarn tendenziell mit mehr Sympathie - oder zumindest weniger Verachtung. Schließlich dürfte heute kaum jemand auf die Idee kommen, die beiden Morde in Sarajevo als ein bloßes Unglück abzutun, das unmöglich gewichtigere Folgen zeitigen konnte.

Die Anschläge auf das World Trade Center im September 2001 haben uns exemplarisch vor Augen geführt, inwiefern ein einziges, symbolträchtiges Ereignis - so tief es auch in einem größeren historischen Prozeß verwurzelt sein mag - die Politik unwiderruflich verändern kann, indem es bisherige Optionen zunichte macht und neuen Optionen eine unvorhersehbare Dringlichkeit verleiht.

Wenn man Sarajevo und den Balkan wieder in den Mittelpunkt der Geschichte rückt, so heißt das keineswegs, daß die Serben oder ihre Politiker dämonisiert werden, noch entläßt es uns aus der Verpflichtung, die Kräfte zu verstehen, die auf und in den serbischen Politikern, Offizieren und Aktivisten wirkten, deren Verhalten und Entscheidungen nicht zuletzt bestimmten, welche Konsequenzen die Schüsse von Sarajevo haben würden.

Das vorliegende Buch setzt sich zum Ziel, die Julikrise von 1914 als ein modernes Ereignis zu verstehen, als das komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten. Es befaßt sich weniger mit der Frage, warum der Krieg ausbrach, als damit, wie es dazu kam.

Die Fragen nach dem Warum und Wie sind logisch untrennbar miteinander verbunden, aber sie führen uns in verschiedene Richtungen. Die Frage nach dem Wie fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem Warum ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung.

Der "Warum-Ansatz" bringt zwar eine gewisse analytische Klarheit, aber er hat auch einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wachsenden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.

In der Geschichte, die dieses Buch erzählt, bestimmen handlungsfähige und -bereite Entscheidungsträger das Bild. Diese Entscheidungsträger (Könige, Kaiser, Außenminister, Botschafter, Militärs und eine Fülle kleinerer Beamter) bewegten sich mit behutsamen, wohlbe-rechneten Schritten auf die Gefahr zu. Der Ausbruch des Krieges war der Höhepunkt in einer Kette von Entscheidungen, die von politischen Akteuren mit bewußten Zielen getroffen wurden.

Diese Akteure waren bis zu einem gewissen Grad der Selbstreflexion fähig, sie erkannten eine Auswahl von Optionen und bildeten sich auf der Basis der besten Informationen, die ihnen vorlagen, ein Urteil. Nationalismus, Rüstung, Bündnisse und Hochfinanz waren allesamt Teil der Geschichte, aber man kann ihnen lediglich dann eine echte erklärende Bedeutung beimessen, wenn man aufzeigen kann, daß sie Entscheidungen beeinflussten, die - zusammengenommen - den Krieg ausbrechen ließen.

Ein bulgarischer Historiker der Balkankriege stellte unlängst treffend fest: "Sobald wir die Frage 'warum' stellen, wird Schuld zum Brennpunkt."

Fragen nach der Schuld und Verantwortung für den Kriegsausbruch flossen schon vor Beginn des Krieges in diese Geschichte ein. Der gesamte Quellenbestand steckt voller Schuldzuschreibungen (denn es ist eine Eigenart dieser Krise, daß alle Handelnden dem Gegner aggressive Absichten unterstellten und sich selbst defensive Intentionen bescheinigten), und das Urteil, das Artikel 231 des Friedensvertrags von Versailles enthält, hat dafür gesorgt, daß die "Kriegsschuldfrage" weiterhin aktuell ist.

Auch hier legt der Fokus auf dem Wie eine alternative Vorgehensweise nahe: eine Reise durch die Ereignisse, die nicht von der Notwendigkeit getrieben wird, eine Anklageschrift gegen diesen oder jenen Staat oder diese oder jene Person zu schreiben, sondern sich zum Ziel setzt, die Entscheidungen zu erkennen, die den Krieg herbeiführten, und die Gründe und Emotionen zu verstehen, die dahintersteckten. Das heißt nicht, daß die Frage nach der Verantwor-

tung ganz aus der Diskussion ausgeklammert wird - nach Möglichkeit sollen die Antworten auf die Warum-Frage jedoch aus den Antworten auf Fragen nach dem Wie erwachsen, statt umgekehrt. ...

Eine zentrale These dieses Buches lautet, daß man die Ereignisse vom Juli 1914 nur dann verstehen kann, wenn man die Wege, welche die Hauptentscheidungsträger beschritten, beleuchtet und ihre Sicht der Ereignisse schildert. Dazu genügt es allerdings nicht, einfach die Abfolge der internationalen "Krisen" Revue passieren zu lassen, die dem Kriegsausbruch vorausgingen - wir müssen uns vor Augen führen, wie jene Ereignisse empfunden und in Narrative eingewoben wurden, welche die Wahrnehmungen prägten und Verhalten motivierten.

Warum verhielten sich jene Männer, deren Entscheidungen Europa in den Krieg führten, ausgerechnet so und sahen die Dinge auf diese Weise?

Wie lassen sich das Gefühl der Angst und die dunklen Vorahnungen, die einem in so vielen Quellen begegnen, in Einklang bringen mit der Arroganz und Prahlerei, auf die wir stoßen - häufig zum Ausdruck gebracht von ein und derselben Person?

Warum spielten so exotische Besonderheiten der Vorkriegszeit wie die albanische Frage und das "bulgarische Darlehen" eine so große Rolle, und wie trafen sie in den Köpfen jener Personen, die die politische Macht innehatten, aufeinander? Als die Entscheidungsträger über die internationale Lage oder externe Bedrohungen diskutierten, sahen sie da die Realität oder projizierten sie ihre eigenen Ängste und Wünsche auf ihre Widersacher, oder beides?

So anschaulich wie möglich sollen hier die überaus dynamischen "Entscheidungspositionen" rekonstruiert werden, die von den Hauptakteuren im Vorfeld und während des Sommers 1914 eingenommen wurden.

In einer der interessantesten jüngeren Publikationen über diesen Krieg wird die These aufgestellt, daß er nicht nur keineswegs unvermeidlich, sondern tatsächlich "unwahrscheinlich" gewesen sei - zumindest bis zu seinem Ausbruch. Daraus würde folgen, daß der Konflikt nicht die Konsequenz einer langfristigen Verschlechterung der Beziehungen war, sondern kurzfristiger Erschütterungen des internationalen Systems. Ob man diese Anschauung nun teilt oder nicht, sie hat den Vorteil, daß sie das Element des Zufalls in das Geschehen einbringt. ...<<

Ehrhardt Bödecker berichtet später über das Deutsche Reich und den Ersten Weltkrieg (x1.035/...): >>>Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts

... nannte George F. Kennan, USA-Diplomat und Sicherheitsberater, den Ersten Weltkrieg

Vorgeschichte

Frankreich, Rußland und England hatten sich in den Jahren 1879-1904 zu einem aggressiven Militärbündnis gegen Deutschland zusammengeschlossen. Durch zusätzliche Rüstungen, Eisenbahnbauten und Heeresvermehrungen in Rußland sollten die Rüstungsvorbereitungen gegen Deutschland bis 1916 beendet sein. Mit diesem Militärbündnis zerstörten diese drei Staaten die bisherige Mächtebalance in Europa. ...

David Lloyd George wurde nach verschiedenen Ministerämtern 1916 Leiter des englischen Kriegskabinetts. In seinen Kriegserinnerungen schrieb er 1935: An dem Tage im Jahre 1904, an dem der englisch-französische Bündnisvertrag bekanntgemacht wurde, kam ich zu einem kurzen Besuch zu Lord Rosebery nach Dalmeny.

Seine erste Begrüßung war: "Sie sind wohl mit diesem französischen Vertrag ebenso zufrieden wie die anderen auch?" Ich versicherte ihm, es erfülle mich mit großer Befriedigung, daß unsere knurrigen und bissigen Beziehungen zu Frankreich endlich ein Ende gefunden hätten. Er erwiderte: "Sie irren sich sehr. Dieser Vertrag bedeutet den Krieg mit Deutschland!"

Frankreich

Seit Jahrhunderten richtete sich die Politik Frankreichs auf die Schwächung Deutschlands durch Fortdauer seiner Teilung in souveräne Einzelstaaten.

Als Preis für seine Neutralität im Krieg Preußens gegen Österreich 1866 forderte die französi-

sche Regierung vom preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck die Unterstützung für die Abtretung des Saarlands, der Rheinpfalz, der linksrheinischen Gebiete von Rheinhessen, von Mainz, Köln, Trier, Worms, Speyer und Aachen sowie von Luxemburg, Kleve, Geldern, Jülich, Zweibrücken, Sponheim und Saarbrücken.

Im Vergleich zu diesen französischen Forderungen war die Erregung Frankreichs vier Jahre später über die Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland nach dem verlorenen Krieg 1870/71 nichts weiter als Scheinheiligkeit. Die Einheit Deutschlands wurde in Frankreich als Niederlage empfunden, gegen die mit den Propagandasprüchen "Rache für Sadowa (Königgrätz)" und "Nicht darüber reden, immer daran denken" in der Bevölkerung angekämpft wurde.

Rußland

Die staatliche Einheit wurde den Deutschen auch von Rußland nicht gegönnt. Schon im Juli 1866, alsbald nach der von Preußen gegen Österreich gewonnenen Schlacht von Königgrätz, forderte Rußland das englische und französische Außenministerium unter Berufung auf den Wiener Kongreß 1815 zu einer Intervention in Preußen auf. In den Verhandlungen des Wiener Kongresses wurden Deutschland weder eine zentrale Regierung noch einheitliche Maße oder eine einheitliche Währung erlaubt. Als Mitunterzeichner der Wiener-Kongreß-Akte glaubte Rußland zu einer Intervention in Deutschland berechtigt zu sein.

Bismarck drängte daher seinen König zum schnellen Friedensschluß mit Österreich in Nikolsburg 1866, um unveränderliche Tatsachen zu schaffen. Das war eine herbe Enttäuschung für die Russen. Weitere kamen hinzu: ihre Niederlagen im Krimkrieg (1856) gegen Frankreich, England und die Türkei - Preußen blieb neutral -, das als unbefriedigend empfundene Ergebnis des Berliner Kongresses (1878) sowie die Niederlage gegen Japan (1905).

Bei der russischen Führungsschicht entstand dadurch ein bis 1914 andauerndes Gefühl der Demütigung und des Hasses gegen Deutschland (George F. Kennan). Dieser Haß gefährdete die europäische Sicherheit und Stabilität, weil er von revolutionären inneren Unruhen in Rußland begleitet wurde.

Großbritannien

Die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und seine zunehmende Stärke beunruhigten die politische Klasse in England. Ihr Interesse richtete sich auf die Bewahrung ihres kolonialen Imperiums, insbesondere Indiens. Denn von der Arbeit der 320 Millionen Menschen in den Kolonien hing der Lebensstandard der 43 Millionen Briten ab. England suchte daher ebenso wie Frankreich den Anschluß an Rußland "fast um jeden Preis" (Arthur Nicolson am 27.4.1914), weil Indien im Norden nicht durch die englische Flotte verteidigt werden konnte und daher Rußland "bei guter Laune" gehalten werden mußte.

Ohne Anlaß und ohne den geringsten Beweis wurde Deutschland im englischen Außenministerium verdächtigt, England als Weltmacht militärisch verdrängen zu wollen (Eyre Crowe, 1907). Gegen diese unbewiesene These wettete der ebenfalls im englischen Außenministerium tätige Unterstaatssekretär Sanderson.

Er rügte die hysterische Furcht vor der kaufmännischen Tüchtigkeit der Deutschen und ihre Behinderung durch die britische Regierung im Ausland. Von dieser Kritik am eigenen Haus nahm der englische Außenminister Edward Grey keine Notiz, obwohl er wußte, daß die Bedrohungsängste der deutschen Regierung den Frieden in Europa gefährden konnten (Prof. Dr. Niall Ferguson, 1999, Schottland).

Zitat

"Denn nicht nur das Wettrüsten weckte die britischen Ängste und Befürchtungen, sondern die gigantische industrielle und kommerzielle Expansion Deutschlands als Ganzes. Der Stabschef der Marine Albrecht von Stosch hatte mit seiner Beobachtung aus dem Februar 1896 ganz recht, daß die wahre Erklärung für den Groll der Engländer gegen Deutschland in der deut-

schen Konkurrenz auf dem Weltmarkt liege."

Wegen seiner gefährdeten Mittellage und seines Bevölkerungswachstums war Deutschland von der Stabilität und Prosperität in Europa abhängig, außerdem von dem ungehinderten Warenaustausch mit allen Ländern der Erde. "Entweder wir exportieren Maschinen oder wir exportieren Menschen" (Reichskanzler von Caprivi, 1891). Die im Vergleich zu England und Frankreich wenigen deutschen Kolonien in Afrika und Fernost spielten nur eine untergeordnete Rolle.

England und Frankreich waren bestrebt, Deutschland militärisch und wirtschaftlich einzuschnüren. Hiervor fürchtete sich die deutsche Regierung. Andererseits war den anderen Ländern die Dynamik der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in Deutschland unheimlich. Daher die Angst auf beiden Seiten. Angst ist schon bei einem Individuum keine gute Grundlage für ein ausgewogenes Verhalten, viel weniger bei einer Regierung.

Die gelegentlichen "lauten" Töne aus Deutschland, auch der Bau einer Flotte, waren trotzdem kein Zeichen von Kriegswillen! Darüber bestand bei den französischen, vor allem aber bei den englischen Diplomaten kein Zweifel. Das beweisen die im Auftrag des Britischen Auswärtigen Amtes herausgegebenen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898-1914 (autorisierte deutsche Ausgabe 1926-1933).

Der Weltkrieg entbrennt

Am 28. Juni 1914 ermordete die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" in Sarajevo den österreich-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie. Hinter den Serben stand der russische Panlawismus. Mit der Versicherung des deutschen Beistandes für den Kriegsfall in den Händen (sogenannter Blankoscheck) erklärte Österreich am 28. Juli 1914 aus Furcht vor einem Zerfall seines Vielvölkerstaates Serbien den Krieg. Kurz vorher hatte der französische Präsident Poincaré vom 20. bis 23. Juli 1914 demonstrativ die russische Regierung in St. Petersburg besucht (die Akten über den Inhalt dieser Gespräche sind der Forschung immer noch nicht zugänglich).

Durch diesen offenbar mit London abgestimmten Besuch wurde der Kriegswille der Russen gestärkt, so daß Rußland nur wenige Tage danach am 29. Juli zur Unterstützung der Serben die Teilmobilmachung, am 30. Juli die Generalmobilmachung seiner Truppen anordnete sowie den sofortigen Transport von sechs kampfstarken Armeen an die deutsche und österreichische Grenze. Eine Beschränkung des Konfliktes auf das balkanische Gebiet war nun nicht mehr möglich.

Was auf die russische Mobilmachung folgte, war eine Kettenreaktion aus Angst und Panik vor den unabsehbaren Folgen der unter den europäischen Großmächten bestehenden Bündnisverpflichtungen.

1. August 1914: Mobilmachung in Deutschland, Kriegserklärung an Rußland

3. August 1914: Kriegserklärung an Frankreich

4. August 1914: Kriegserklärung Englands an Deutschland

5. August 1914: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland

5. November 1914: Kriegserklärung der Entente an die Türkei

Seit September 1914: Massive wirtschaftliche Unterstützung Englands und Frankreichs durch die USA.

Der Weltkrieg war entbrannt.

Wollte Europa den Krieg? Keine Nation hat den Krieg mit Vorbedacht provoziert. Auch der Deutsche Kaiser nicht. Alle sind in den Krieg hineingestolpert. Dieser Ansicht des englischen Premierministers Lloyd George schließt sich heute die herrschende Auffassung der internationalen Geschichtswissenschaft an.

Die Tragik bestand darin, daß sich die Großmächte in die Abhängigkeit von instabilen, von Unruhen und Aufruhen geplagten Ländern wie es Rußland und Österreich-Ungarn waren,

begeben hatten. Man hat diese beiden "unruhigen Kantonisten" ohne ausreichende Kontrolle handeln lassen und ist damit selbst in den Sog dieser Länder geraten. Diese beiden Länder haben Europa in den Krieg gerissen.

Die Kriegsziele

USA, England, Frankreich und Rußland waren sich einig, ihre beiden deutschen Gegner "ohne Mitleid" (Zar Nikolaus II.) zu vernichten und Deutschland in den Zustand seiner früheren Zersplitterung zurückzuführen sowie die Hohenzollernherrschaft zu beseitigen. Ein Verhandlungsfrieden wurde abgelehnt.

Deutschlands erstes Ziel war sein defensiver Wille zur Selbstbehauptung. Es hatte keine Expansionsziele. Die britische und russische Weltmachtstellung sollte unangetastet bleiben. In politischer und wirtschaftlicher Weitsicht wurde ein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum unter deutscher Führung angestrebt (Professor Dr. Wolfdieter Bihl, 1991, Wien).

Das Kriegsende

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Deutschen Kaisers Wilhelm II. am 9. November 1918 wurde am 11. November 1918 der Waffenstillstand vereinbart. Die alliierte Hungerblockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung blieb bis zum Sommer 1919 bestehen. Mindestens 700.000 Menschen starben dadurch in Deutschland an Hunger.

7. Mai 1919: Diktat der Friedensbedingungen an Deutschland. Damit endete der bisher größte Krieg der Weltgeschichte entgegen der europäischen Tradition ohne Verhandlungen.

Die USA strebten nach der Weltmacht und hatten sich daher vom ersten Kriegstag an einseitig für eine massive Unterstützung Englands und Frankreichs entschieden. Beide Länder weigerten sich daher - in der Gewißheit auf die amerikanische Kriegshilfe - auf die Friedensangebote Deutschlands im Dezember 1914 und im Dezember 1916 einzugehen. Die "Deutschen Friedensbemühungen während des Krieges waren Ausdruck einer wirklichen Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft" (Prof. Dr. Georges-Henri Soutou, 1989, Paris).

Keine Friedensverhandlungen

Die Ermittlung von Schuld und Ursache für den Beginn des Krieges mag für Historiker von Interesse sein. Wichtiger ist die Frage, warum England, Frankreich und die USA Gespräche mit Deutschland über einen Verhandlungsfrieden (1916/17) abgelehnt haben. Hat sie ihr unmenschlicher Haß blind gemacht für die Nöte Europas? Wegen ihrer mangelnden Friedensbereitschaft mußten noch Millionen von Soldaten sterben. So wurde der Krieg nicht durch Verhandlungen, sondern erstmals in Europa durch ein Diktat der Sieger beendet.

Die Friedensbedingungen widersprachen wirtschaftlicher und politischer Vernunft und verletzten das durch das Völkerrecht geschützte Privateigentum.

Sie raubten Deutschlands geistiges Eigentum

Die Patente und Warenzeichen deutscher Fabriken wurden beschlagnahmt. Am weitesten gingen die USA und England. Die USA holten mit einem Schlag den technischen Vorsprung Deutschlands von 20 Jahren ein. Den von Deutschland erfundenen und entwickelten Produkten wurde die Einfuhr in diese Länder verwehrt: Man raubte der deutschen Industrie nicht nur ihre Fabriken und Niederlassungen im Ausland, sondern zwang sie auch noch, einen erheblichen Teil ihrer Produktion zu Preisen zur Verfügung zu stellen, die weit unter dem Weltmarktpreis lagen.

Dieser Raub an den Früchten deutscher Tüchtigkeit verstieß gegen das damals (und heute noch) gültige Völkerrecht (Professor Dr. Carl Duisberg, 1923).

Die Ruinierer Europas

Als Wirtschaftsraum spielte Europa in Deutschland schon seit 1839 eine große Rolle (Friedrich List). Anders dagegen bei den Unternehmern und Staatsmännern der Entente. In senilem Starrsinn bestimmten sie 1918 das Schicksal Europas, ohne Rücksicht auf die Menschen, allein nach ihren machtpolitischen Interessen. Noch heute, nach über 80 Jahren, ist diese Igno-

ranz und Selbstüberschätzung von Clemenceau, Poincaré, Lloyd George und Wilson, diesen Ruinierern Europas, unbegreiflich.

Nur Deutschland hielt als das technisch und wirtschaftlich führende Land des Kontinents den Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Europas in den Händen. Eine europäische Wirtschaftseinheit unter deutscher Führung hätte die Bedeutung Europas als Gegengewicht zu den Wirtschaftsräumen der USA und des fernen Ostens erhalten. Damit wären die Lebensgrundlagen aller europäischen Länder gestärkt worden (Vorwegnahme der heutigen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft).

"Der Versailler Vertrag entsproß einem Deutschenhaß, der sich bis 1885 zurückverfolgen läßt, ferner dem von der Propaganda erzeugten Zerrbild vom preußischen Militarismus." (Prof. Dr. Winfried Baumgart, "Vom europäischen Konzert zum Völkerbund", WBG 1974, S. 121)

Haß statt Versöhnung

"Deutschland hat nicht nur seine Handelsflotte und seinen Auslandsbesitz verloren, es hat auch 10 % seines Gebietes, 10 % seiner Kohle und 75 % seines Eisenerzes abtreten müssen. Das bedeutet die Beraubung eines ganzen Volkes. Diese Politik der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen wird zu einem Bankrott und Verfall Europas führen, der uns alle erreicht. Sie kann die geschlagenen Mittelmächte nicht wieder zu guten Nachbarn machen. Anstatt Gedanken und Hoffnungen auf Eintracht in der europäischen Familie zu stärken, zementiert sie den Haß und den Nationalismus, von denen die Völker Europas jetzt besessen sind." (Zitiert nach Professor Dr. John Maynard Keynes, berühmter englischer Nationalökonom, 1922).

Das Samenkorn für das noch größere Unglück, das 1933 über Deutschland und Europa hereinbrach, war hier gelegt worden.

Aus der "Historischen Zeitschrift" vom Oktober 1998, Band 267, S. 399 ff, werden hier einige Bemerkungen des bekannten Weltkriegsforschers, Prof. Dr. Gregor Schöllgen aus Erlangen, auszugsweise wiedergegeben:

"Die Forschung über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs erfährt derzeit in der deutschen Geschichtswissenschaft eine bemerkenswerte Renaissance. So tritt der schwierige Vergleich der deutschen Politik mit der Politik anderer Akteure an die Stelle der bisher recht provinziell anmutenden Nabelschau deutscher Kriegsschuldforschung. Daß die sogenannte Fritz-Fischer-Kontroverse, die in den sechziger und siebziger Jahren die Geschichtswissenschaft wie die interessierte Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, vollständig versiegt ist, überrascht nicht.

Die jetzt von deutschen Forschern für die Politik des kaiserlichen Deutschland vorgelegten Antworten lassen aufhorchen. Anders als ein bisher sorgfältig kultiviertes Vorurteil suggerierte, hat es in der deutschen Außenpolitik durchaus und immer wieder den Versuch gegeben, den Krieg zu vermeiden.

Es war in den Reihen des deutschen Militärs sicher, daß ein allgemeiner europäischer Krieg nicht kurz und für Deutschland nicht zu gewinnen sein werde. Daß die deutsche Politik im Juli 1914 versagte, hat in erster Linie mit dem Mangel an Alternativen zu tun, der dazu führte, daß es unter dem Eindruck der Situation und der drängenden Militärs zu einer so offenkundig irrationalen Entscheidung kam. Mit dem nur drittstärksten Heer, hatte Paul Sethe schon 1954 betont, fängt keine Regierung einen Eroberungskrieg gegen Weltmächte an.

Die Auffassung, daß Militärs und Politiker in Berlin entweder einen kurzen und für Deutschland erfolgreichen Krieg durchaus für möglich gehalten oder aber mit ihrer "Flucht nach vorn" ein ganz anderes, nämlich innenpolitisches Ziel verfolgt haben, hat heute kaum noch Anhänger. (An dieser These halten vorwiegend Historiker fest, die sich weniger an Wissenschaftlichkeit, sondern mehr an Ideologie ausrichten. "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf".)

Im 19. Jahrhundert wurde der Krieg, von vereinzelten warnenden Stimmen abgesehen, noch als ein Weg zur Konfliktlösung betrachtet. Ein Krieg wurde geführt, wenn andere Mittel - al-

len voran der Verhandlungsweg - nicht den gewünschten Erfolg versprochen.

Noch kannte man in Europa den modernen Massen- und Vernichtungskrieg nicht, weder seine Mittel, noch seine Methoden, noch die ideologisch motivierte Skrupellosigkeit einer totalen Kriegsführung (im Namen von Freiheit und Demokratie!), auch gegen die Zivilbevölkerung.

Die außereuropäische Welt war weitgehend verteilt; vor allem aber hatte Rußland im fernen Osten jene verheerende Niederlage gegen das aufstrebende Japan hinnehmen müssen, die das Zarenreich zwang, seine expansive Energie erneut auf Europa zu richten. Die Folge war eine Serie schwerer internationaler Krisen.

Um die Katastrophe des Kriegsausbruchs 1914 wirklich verstehen zu können, muß man den Blick in jene Zeit zurücklenken, in der die Weichen gestellt worden sind und fragen, ob sich die Akteure der Tragweite ihrer Entscheidungen bewußt gewesen sind und ob sie realisierbare Alternativen gesehen haben oder sehen konnten.

Neuere Forschungen lassen aufhorchen: Hatte man sich nicht darauf verständigt, daß nur die deutsche Politik in die Verantwortung für den Kriegsausbruch zu nehmen sei? Professor Dr. Konrad Canis (1998) sieht das anders. Vorsichtig in der Formulierung, eindeutig in der Sache, rückt bei ihm Großbritannien - wieder - als Hauptverantwortlicher ins Zentrum des Geschehens.

Daß die internationale Mächtekonstellation um die Jahrhundertwende in Bewegung kam, lag nicht an der deutschen Flotten- oder Weltpolitik, sondern in erster Linie an England. Folglich richtete sich diese Bewegung auch nicht gegen die Inselmacht, sondern gegen Deutschland, die stärkste Macht und der atemberaubendste Aufsteiger auf dem Kontinent. Nicht anders dachten die Historiker mehrheitlich in der Zwischenkriegszeit.

1929 bestritt Professor Dr. Gerhard Ritter die Ernsthaftigkeit der englischen Bündnisangebote an Deutschland von 1898 und 1901. Ebenso ist sich Canis heute sicher, daß es eine tatsächliche englische Bündnisbereitschaft nicht gegeben hat. England hatte nichts anderes vor, als Deutschland gegen Rußland in China in Stellung zu bringen, möglichst in die vorderste Front. Mit eben diesem Argument, und daher nicht ohne Grund, hatte der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow die angeblichen britischen Avancen zurückgewiesen.

Die Angst vor Macht- und Prestigeverlust beherrschte die deutsche Außenpolitik. Der wachsende Widerspruch zwischen fehlender Weltgeltung und steigendem Potential verstärkte die Nervosität der deutschen Politik. Im Zeitalter des Imperialismus wurde "Prestige" zum überragenden Handlungsmotiv einer jeden Großmacht. Dahinter stand tatsächlich keine Bereitschaft zum Krieg, schon gar nicht zum großen europäischen.

Und so hält es Canis für ungerechtfertigt, aus vollmundigen Äußerungen des deutschen Kaisers auf eine Kriegsbereitschaft der Reichsleitung zu schließen. Das alles ist gewiß noch nicht das letzte Wort, aber eine grundlegende Änderung wird diese Position in Zukunft nicht mehr erfahren."

Aus "Die Zerstörung Europas" (Propyläen, 1988, S. 102), Prof. Dr. Andreas Hillgruber:

"Die erstmalige Auswertung der Bulgarien und Rumänien betreffenden Akten des politischen Archivs des Deutschen Auswärtigen Amtes zeigt überraschend, daß sich (Reichskanzler) Bethmann Hollweg um eine Begrenzung des serbisch-österreichischen Konfliktes bemüht hat. Dem gleichen Ziel der Begrenzung des Konflikts dienten die deutschen diplomatischen Vorstöße in Bukarest. Doch Rumänien lehnte ab.

Aus diesen Aktenfunden ergibt sich, daß die deutsche Reichsleitung sich wohl des hohen Risikos ihrer Politik in der Krise bewußt war, sie legte es aber keineswegs - wie es Fischer und seine Schüler behaupteten - darauf an, die Krise zur Auslösung eines deutschen Kontinentalkrieges gegen Rußland und Frankreich zu nutzen."

Für seine Thesen, Deutschland habe einen lang vorbereiteten Eroberungskrieg führen wollen, konnte Fritz Fischer nach Prof. Dr. Niall Ferguson keinen einzigen Beweis vorlegen. Fischers

Behauptungen fanden bei internationalen und nationalen Historikern nur deswegen so hohe Aufmerksamkeit, weil sie sich bequem in die Umerziehungsrhetorik gegen Preußen-Deutschland einpassen ließen.

Aus "Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges" (WBG, 1991, S. 5) Prof. Dr. Wolfdieter Bihl, Wien:

"Erst wenn alle Archive der alliierten Staaten, auch deren Geheimbestände, uneingeschränkt auswertbar sind, wird eine größtmögliche Objektivität der Beurteilung im gesamteuropäischen Zusammenhang möglich sein."

Jens Ulrich Heine (1998), Odenthal:

"Wissenschaft bricht Monopole: "We have the men, we have the ships, and we have the money too." Nach dieser viktorianischen Devise regierten die Seemächte Westeuropas und Nordamerikas mit ihren Kolonien und ihrem Kapital in Nord- und Südamerika, Nah- und Fernost, Australien und im südlichen Afrika 200 Jahre lang über die Rohstoffe dieser Welt. Sie diktierten Ausfuhrmengen und -preise von Chilesalpeter, brasilianischem und malaysischem Naturkautschuk, von indischem und chinesischem Indigo, nordamerikanischer Baum- und australischer Schafswolle, von heilender Chinarinde aus Ostindien, von Petroleum aus texanischem und arabischem Erdöl, südafrikanischen Diamanten und Edelmetallen u.v.m. Mit diesen Monopolen verschafften sie sich nicht nur Reichtum, sondern vor allem Macht. Macht über die "Habenichtse" dieser Welt.

Der Aufstieg der deutschen chemischen Industrie seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur weltweiten Dominanz und Marktführerschaft läßt sich vor diesem Hintergrund auf eine einfache Formel bringen. In einem rohstoff- und devisaarmen Land bewirkte sie sehr erfolgreich den Austausch natürlicher Rohstoffe, die importiert werden mußten, durch Umwandlung nationaler Grundstoffe, die als synthetische Roh-, Zwischen- und Fertigprodukte in alle Welt exportiert werden konnten.

Mit künstlichen Farben, Fasern und Edelsteinen, mit Kunststoffen, Synthesekautschuk und -Treibstoffen, mit Arznei-, Pflanzenschutz- und Düngemitteln aus Kohle, Wasser, Kalk und Luft revolutionierten deutsche Wissenschaftler die Welt. "Wissenschaft bricht Monopole". Kaum jemand kennt die chemischen Zusammensetzungen dieser "Kunstprodukte".

Aber als Indanthren und Agfacolor, Perlon und Dralon, Plexiglas und Styropor, Buna und Moltopren, Aspirin und Salvarsan wurden Warenzeichen zu Gattungsbegriffen, bekannt seit eh und je. Deutsch wurde zur internationalen Sprache der Naturwissenschaften. Globalisierung gehörte von Anfang an zur Existenzgrundlage der deutschen chemischen Industrie. 1914 deckte sie 87 Prozent des Weltfarbstoffbedarfs und galt als "Apotheke der Welt".

Mit ihren Entdeckungen wiesen deutsche Forscher und Techniker den Weg aus Hunger, dem Mangel an Kleidung und industrieller Rückständigkeit - den Weg aus der Angst vor Abhängigkeit und Fremdbestimmung. Befreiung durch Chemie! Unerfüllbar erscheinende Wünsche und Sehnsüchte der Unterprivilegierten und ihre Hoffnungen auf wirtschaftlichen Fortschritt ließen sie Wirklichkeit werden - und beseitigten gleichzeitig Monopole und Einfluß der Wohlhabenden und Mächtigen.

Die Folge war die Feindschaft des britischen Imperiums und der Vereinigten Staaten, die die Märkte der Weltrohstoffe beherrschten und bis zum Weltkrieg hinter der deutschen Chemie herhinkten. Kurz vor Kriegsausbruch forderte die Londoner "Morning Post": "Es muß unser Ziel sein, den deutschen Handel zu vernichten".

Im Jahre 1919 bemerkte der englische Premierminister Lloyd George zu Lord Riddell: "Wir Briten haben uns durchgesetzt. Die deutschen Handelsschiffe sind ausgeliefert. Unser Hauptkonkurrent im Handel ist zum Krüppel geschlagen."

Nachtrag

In A 1080 APPENDIX TO THE CONGRESSIONAL RECORD (1941) wird von US-Senator

Rush D. Holt ein Brief zitiert, den Winston Churchill im Jahre 1936 an Mr. William Griffin, den Herausgeber und Verleger der Zeitung "New York Enquirer", gerichtet hat. Darin habe Churchill ausgeführt: ... Amerikas Kriegseintritt war verheerend nicht nur für die USA, sondern auch für die Alliierten, denn wären die USA zu Hause geblieben und hätten sich um ihre eigenen Angelegenheiten gekümmert, wir (die Alliierten) hätten im Frühjahr 1917 mit den Mittelmächten Frieden geschlossen.

Es wäre nicht zum Kollaps in Rußland gekommen mit dem nachfolgenden Kommunismus, kein Zusammenbruch in Italien mit dem nachfolgenden Faschismus; und Nazismus würde jetzt nicht in Deutschland an die Regierung gekommen sein. ...

"Der Krieg von 1914 aber wurde von England nicht Frankreichs oder gar Belgiens wegen geführt, sondern..., um Deutschland als Wirtschaftskonkurrenz wenn möglich für immer auszuschalten. ... Der Vertrag von Versailles sollte gar keinen Friedenszustand begründen, sondern die Machtverhältnisse derart regeln, daß das Ziel jederzeit mit neuen Forderungen und Maßnahmen gesichert werden konnte.

Daher die Auslieferung der Kolonien, der Handelsflotte, die Beschlagnahme der Bankguthaben, Besitzungen, Patente in allen Ländern, die Abtrennung von Industriegebieten wie Oberschlesien und dem Saarland, die Einführung der Republik, von der man mit Recht eine Untergrabung der Industrie durch die allmächtig gewordenen Gewerkschaften erwartete, und endlich die Reparationen, die wenigstens im Sinne Englands keine Kriegsentschädigung sein sollten, sondern eine dauernde Belastung der deutschen Wirtschaft bis zu deren Erliegen."

- Oswald Spengler, deutscher Geschichtsphilosoph und Schriftsteller (1880-1936) in "Jahre der Entscheidung", Sommer 1933 ...

Ehrhardt Bödecker Ehrhardt Bödecker gilt als einer der profiliertesten Kenner der preußisch-deutschen Geschichte.

Jahrgang 1925, wohnhaft in Berlin seit 1934, wurde er als Kriegsteilnehmer schwer verwundet. Er studierte Recht, Ökonomie und Geschichte in Deutschland und den USA und war anschließend als Anwalt, Verwaltungsrichter und Amtsrichter tätig. Seit 1966 war er selbständiger Privatbankier (Weberbank). 1995 ging er in den Ruhestand. Bödecker ist Inhaber und Gründer des im Jahre 2000 eröffneten "Brandenburg-Preußen Museums" in Wustrau nordwestlich von Berlin. Zahlreiche Buchveröffentlichungen über den Ersten Weltkrieg, Preußen und das Deutsche Kaiserreich, z.B. "Preußen und die Wurzeln des Erfolgs".

Bödecker schildert in seinem Essay die Vorgeschichte des Sommers 1914, die Interessenlage der kriegführenden Staaten und die Folgen des Ersten Weltkrieges.

Seine These: Durch das Eingreifen der USA 1917 wurde ein gerechter "Erschöpfungsfriede" auf Basis des status quo ante verhindert und das europäische Machtgleichgewicht auf Jahrzehnte empfindlich gestört. Der diktierte Friede von Versailles 1919 bildete keine Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Die Folgen waren Revolution, Revanchelust, Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus sowie ein neuer Krieg.<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die Kriegsschulddebatte des Ersten Weltkrieges (x1.035/...): >>100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo - zum aktuellen Stand der Kriegsschulddebatte

Der Weg zum Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg begann zunächst als dritter Balkankrieg zwischen der alten Großmacht Österreich-Ungarn und dem expansionslüsternen Serbien. Die Mobilmachung Rußlands im Westen (Richtung Ostpreußen), auf die Frankreich drängte, brachte den großen europäischen Konflikt. Erst der Eintritt Großbritanniens auf Seiten der Entente führte zum weltweiten Krieg der Mächte.

Obwohl sich das Attentat von Sarajevo erst in diesen Tagen zum einhundertsten Mal jährt, bestimmt die Debatte darum, was daraus folgte, den Buchmarkt und die historischen Feuille-

tons. Dabei geht es weniger um den am 28. Juni 1914 erschossenen österreichischen Thronfolger und seine Frau als um die Frage, inwieweit die Tat Auslöser für den Ersten Weltkrieg war. Daran wiederum knüpft die Diskussion darüber an, ob damit eine geschlossene Ereigniskette ausgelöst wurde, sei es aus Berechnung oder Dummheit, oder ob es alternative Szenarien gab, die ebenso wahrscheinlich waren wie der Kriegsausbruch.

Um die Bedeutung des Attentats beurteilen zu können, muß man daher nicht nur die Reaktionen der europäischen Mächte untersuchen, sondern auch deren Beweggründe, gerade so und nicht anders zu reagieren. Damit befinden wir uns in einem vor allem in Deutschland umstrittenen Feld der kontrafaktischen Geschichtsschreibung. Diese hat es sich zur Aufgabe gestellt, denkbare Alternativen aus dem Kontext der Zeit zu entwickeln. Nicht um das Geschehene zu negieren, sondern um es besser zu verstehen.

Neue Fragestellungen provozieren

Der amerikanische Historiker Sean McMeekin sieht in seinem Buch *Juli 1914. Der Countdown in den Krieg* (Berlin: Europa 2014, 557 S.) "kontrafaktisches Denken als zentral für historische Untersuchungen an" und hält es für "weitaus konstruktiver als auf 'Konsens' angelegte Interpretationen, die sich gegen jedes weitere Argument abschotten". McMeekin weiß sich in dieser Auffassung einig mit Niall Ferguson, der bereits vor Jahren in seiner Aufsehen erregenden Untersuchung über die englische Kriegspolitik gezeigt hat, daß das Empire den "falschen Krieg" führte, der schließlich zum Verlust der englischen Vormachtstellung an die Amerikaner geführt hat.

Daß dieses kontrafaktische Denken in Deutschland in einem schlechten Ruf steht, zeigt nicht zuletzt die gereizte Reaktion der FAZ auf die Gesamtdarstellung des Ersten Weltkriegs von Jörg Friedrich, die vor kurzem unter dem Titel *14/18. Der Weg nach Versailles* (Berlin: Proyläen 2014, 1072 S.) erschienen ist. Diese Gereiztheit hat einen konkreten Hintergrund.

In Deutschland werden, allen neueren Forschungen zum Trotz, 1919 festgelegte Axiome als Grundlage der Geschichtsschreibung akzeptiert. Das wichtigste Axiom lautet: Deutschland trägt die Hauptverantwortung (wahlweise auch die Alleinschuld) am Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Jeder Deutsche, der gegen diese Denkvoraussetzung verstößt, hat ein Problem.

Nun muß man aber, wenn die Hauptverantwortung erwiesen werden soll, zeigen, daß Deutschland auch anders gekonnt hätte. Wenn es keine Alternative gegeben hätte, wäre die Zuschreibung von Verantwortung sinnlos. Das wissen die Gereizten ziemlich genau, weshalb sie allergisch auf solche Untersuchungen reagieren.

Und sie liegen richtig damit. Daß nicht mehr von Alleinschuld die Rede ist, hängt vor allem damit zusammen, daß man den Blick vom angeblich Alleinschuldigen löste und der naheliegenden Annahme folgte, daß auch andere Mächte Interessen hatten, für die ein Krieg vielleicht viel passender war. Das kann man nur feststellen, wenn man dem kontrafaktischen Denken folgt und fragt: Konnten denn vielleicht auch die anderen Mächte, die Sieger, anders und liegt deshalb zumindest ein Teil der Schuld und Verantwortung für den Weltkrieg bei ihnen?

Daß die kräftigsten Schläge gegen das Dogma der Alleinschuld aus dem Ausland kommen, kann daher kaum verwundern. Wie die Verkaufszahlen der Bücher zeigen, ist zumindest das Publikum dankbar für diese Schützenhilfe. Das gilt insbesondere für Christopher Clarks Buch *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* (München: DVA 2013, 895 S.), das sich durch frühzeitiges Erscheinen im Herbst letzten Jahres die Aufmerksamkeit allein sichern konnte, um die sich jetzt viele Publikationen bemühen.

Clark kommt weiterhin zugute, daß er sich hierzulande bereits einen Namen gemacht hatte. Mit seinen Büchern über Preußen und Wilhelm II. hatte er diese beiden entdämonisiert und so für öffentliche Debatten gesorgt.

Sein aktuelles Buch steht ganz in dieser Tradition: Abgesichert durch ein umfangreiches Quel-

lenstudium versucht Clark den Gang der Geschichte insbesondere in der sogenannten Juli-Krise zu rekonstruieren. Clark sieht in ihr das "komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten". Er konzentriert sich in seinem Buch auf das Wie, die Abfolge der Interaktionen, ohne expressis verbis die Frage nach der Schuld zu stellen.

Dazu holt Clark weit aus, wenn er mit der brutalen Ermordung des serbischen Königs im Jahr 1903 beginnt. Von den Drahtziehern und Akteuren dieses Umsturzes führt ein direkter Weg zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo. Dieser repräsentierte die Zukunft der österreichischen Doppelmonarchie, die der erklärte Feind der serbischen Nationalisten war.

Der Thronfolger Franz Ferdinand war insofern das passende Opfer, weil er eine zwischen den Völkern ausgleichende Politik anstrebte, die den Falken in Österreich nicht gefallen konnte: Sie wollten die Dinge ebenso wie die Serben mit einem Krieg ins Reine bringen. Einen Automatismus zum Krieg gab es aber auch jetzt nicht.

Die Kriegsursache sieht Clark in der Entwicklung Europas von einem vielstimmigen politischen Ökosystem hin zur Konfrontation starrer Blöcke, die dann ihre innere Logik entwickelten. Diese griff schließlich nach dem Mord in Sarajevo mit aller Konsequenz in das Geschehen ein, und zog Europa, ohne daß es notwendig gewesen wäre, in den Weltkrieg. Da Clark kein Freund starker Thesen ist, finden sich in dem Buch keine expliziten Zuspitzungen, die sich mit Fritz Fischers These, die ja schon im dessen Buchtitel Griff nach der Weltmacht (1961) deutlich formuliert war, messen könnte.

Die These selbst allerdings, daß Deutschland die Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg trage, widerlegt Clark implizit. Dabei ist entscheidend, daß er sein Buch als internationale Vergleichsstudie angelegt hat, die, im Gegensatz zu Fischer, eben auch die Ereignisse, Gedanken und Personen der anderen Mächte in den Blick nimmt. Das Resultat ist eindeutig: Der Vorwurf der Alleinschuld bzw. Hauptverantwortung ist absurd. Laut Clark verteilt sich die Schuld auf alle Beteiligten, weshalb er von einer Tragödie spricht, aus der es letztlich kein Entrinnen gab.

Wenn man jedoch die einzelnen Ergebnisse von Clark nach der Verantwortlichkeit gewichtet, bleibt nur ein Schluß, daß zumindest alle anderen Mächte mehr Schuld am Ausbruch des Krieges hatten als Deutschland. Das für Deutschland entlastende Material wird von Clark in aller Ausführlichkeit ausgebreitet. Deutschland befand sich gegenüber den anderen Großmächten in einer benachteiligten Rolle und hatte geringere Handlungsoptionen, weil es auf den Kontinent beschränkt blieb und über kaum koloniale Handlungsmasse verfügte.

Deutschlands Streben nach Seegeltung sieht Clark durch diese Lage gerechtfertigt und erblickt darin keinen Grund für einen Krieg. Letztendlich unterstellt Clark der deutschen Führung eine gewisse Naivität, weil diese nicht bemerkte, wie rasant sich die internationale Lage gegen Deutschland entwickelte. "Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte - sehr zur Enttäuschung der Generäle."

Im Gegensatz zu den anderen Mächten konnte sich Deutschland von einem Krieg nicht viel versprechen. Das einzige Argument für einen Krieg war die wachsende Stärke der Gegner und die daraus folgende Überzeugung, daß es daher besser jetzt als später einen Krieg geben sollte. Doch die Vertreter eines Präventivschlages waren in der Minderheit; auch in Deutschland gaben die zivilen Politiker den Ton vor, nicht die Militärs.

In Frankreich gab es dagegen unter den verantwortlichen Politikern einen weitverbreiteten Deutschenhaß, man sann auf Rache für 1871 und man fühlte sich durch Deutschland bedroht. Letztendlich führte der französische Druck auf Rußland zum Ausbruch des Krieges, bei dem Frankreich Deutschland unbedingt in einen Zweifrontenkrieg ziehen wollte. Rußland wiederum gab den Serben die volle Unterstützung für deren Provokationen gegen Österreich, nicht

nur der panslawischen Sache wegen, sondern auch, weil Rußland eigene geopolitische Interessen in der Region verfolgte.

Auch die beiden Ereignisse, die allgemein als Beleg für die deutsche Verantwortung gelten, werden von Clark zurechtgerückt. Der sogenannte Blankoscheck, mit dem Deutschland Österreich seine Treue versicherte, ist eine logische Folge aus der Einkreisung Deutschlands, das gezwungen war, das Bündnis mit seinem letzten verbliebenen Verbündeten zu bekräftigen. Clark erwähnt auch, daß es auf Seiten der Entente eine ganze Reihe von Blankoschecks gab, die Serbien, Rußland und Frankreich so selbstsicher in den Krieg ziehen ließen.

Das österreichische Ultimatum an Serbien vergleicht Clark mit dem, das die Nato Serbien 1999 in der Kosovo-Frage vorlegte und kommt zu dem Schluß, daß das von 1914 dagegen "harmlos" war.

Ähnlich wie Clark beschränkt sich auch Sean McMeekin auf die Vorgeschichte des Krieges. Er greift dabei auf vorhandene Quelleneditionen zurück und versucht die Ereignisse zu rekonstruieren, indem er jedem Tag (vom 5. Juli bis zum 4. August) ein zusammenfassendes Kapitel widmet. Allerdings stehen die einzelnen Fakten in einem gewissen Mißverhältnis zum salomonischen Urteil, das McMeekin schließlich in der Kriegsschuldfrage fällt.

Einerseits bemerkt er sehr richtig, daß der Blankoscheck durchaus im Sinne einer sofortigen Strafaktion gemeint war. Damit hoffte man in Berlin mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Weltöffentlichkeit hätte Verständnis, weil der zeitliche Zusammenhang mit dem Attentat klar war, Österreich würde Macht demonstrieren und so die Entente vielleicht von einer voreiligen Eskalation abhalten, was schließlich zur lokalen Beschränkung der Auseinandersetzung geführt hätte. Daß sich Berlin damit verrechnete, weil die Entente zum Krieg entschlossen war, gerät McMeekin völlig aus dem Blick, wenn er abschließend dennoch urteilt: "Der Blankoscheck war töricht und unsinnig."

McMeekin stellt dagegen richtig fest, daß Deutschland als "letzte der vier hauptsächlich am Krieg beteiligten Nationen" mobil machte und sich Deutschland selbst ins Unrecht setzte, indem es "aus Gründen der Ehre" nicht auf eine Kriegserklärung verzichtete. Frankreich und Rußland ließen gleich die Waffen sprechen. (Die erste Gefechte und Schlachten sowohl gegen Frankreich als auch Rußland fanden auf deutschem Boden statt!).

In Deutschland gab es keinen Willen zum Krieg, weil man wußte, daß ein Zweifrontenkrieg (vor allem gegen Englands Unterstützung der Entente) kaum zu gewinnen war. Der Schlieffenplan, der diesen Mangel beseitigen sollte, "spiegelte die deutsche Schwäche, nicht die deutsche Stärke" wider.

Aus deutscher Feder sind auf das hundertjährige Jubiläum von 1914 hin einige Gesamtdarstellungen des Weltkrieges erschienen, die sich zwangsläufig auch mit der Vorgeschichte des Krieges befassen müssen. Das erfolgreichste dieser Bücher stammt vom Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler. In *Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918* (Berlin: Rowohlt 2013, 924 S.) widmet er die ersten einhundert Seiten diesem Thema und spart dabei nicht mit Kritik an der Einseitigkeit und Radikalität der Fischer-These (um allerdings im Schlußteil des Buches die "wichtige Funktion" der Fischer-These für das politische Selbstverständnis der BRD zu betonen).

Münkler untersucht beispielsweise die Rolle des Militarismus, der ja im Verdacht steht, eine strukturelle Ursache für Deutschlands angebliche Kriegslüsterheit gewesen zu sein. Er kommt zu dem Schluß, daß dem militaristischen Image des Reiches keine relevanten Tatsachen entsprochen hätten. Bei Kriegsausbruch hatte man "keine hinreichenden Munitionsvorräte angelegt, geschweige denn für eine entsprechenden Bevorratung mit Rohstoffen und Lebensmitteln gesorgt, und es standen auch nicht genügend Truppen zur Verfügung, um eine großangelegte Offensive erfolgreich durchführen zu können".

Allerdings kommt Münkler in seinen Opus auch zu Einschätzungen, mit denen er Deutsch-

land eine besondere Verantwortung (und damit auch Schuld) für den Weltkrieg zuschreibt, z.B. wenn er der Auffassung ist, daß Deutschland als Reich in der Mitte Europas eine "besonders achtsame und die Eskalationsrisiken moderierende Politik" hätte betreiben müssen und in der Julikrise das Gegenteil davon getan habe.

Das stimmt ebensowenig, wie die Behauptung Münklers, daß es von Deutschland während des Krieges keine ernstgemeinten Friedensangebote an die Alliierten gegeben habe. Insofern unterscheidet sich Münklers Buch von den englischsprachigen Veröffentlichungen, weil es mit der Einsicht in die Haltlosigkeit der Fischer-These nicht ernst macht. Münkler sieht zwar auch, daß die anderen Mächte Interessen hatten und sich durch Blankoschecks gegenseitig befeuerten, bleibt aber trotzdem dabei, daß auf Deutschland eine besondere Verantwortung laste.

Daß man den Spieß auch umdrehen kann, zeigt dagegen Jörg Friedrich in seiner Geschichte des Ersten Weltkrieges. Den Ruf den Friedrich seit seinem Bestseller *Der Brand* (2004) genießt, bestätigt er auch mit seinem neuen Buch: Für Friedrich ist die Geschichtswissenschaft nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck seines Unternehmens besteht darin, die Geschichte des Ersten Weltkrieges auf eine Weise zu erzählen, die den Leser an die Hand nimmt, sich nicht vor scharfen Urteilen scheut, Schlußfolgerungen zieht, Zusammenhänge aufdeckt und die auch vor "umstrittenen" Vergleichen nicht zurückschreckt.

Auch wenn Friedrich einem durchaus anthropologischen Ansatz folgt, der die damaligen Akteure bestimmten Zwängen ausgeliefert sieht, heißt das nicht, daß er kein gut oder böse mehr kennt. Im Gegenteil: Daß die Niedertracht bei der Entente zu Hause war, ist vielleicht noch nirgends so deutlich ausgesprochen worden wie hier. Friedrich scheut sich nicht, den Weltkrieg "mißlungen" zu nennen, u.a. deshalb, weil er "in einer schlechteren Welt endete als der, aus der er kam". Von Beginn an tat die Entente alles, den Krieg zu entfesseln, selbst als friedliebend dazustehen und Deutschland ins Unrecht zu setzen. "Deutschland, das lieber Aggressor als Verlierer sein wollte, war am Schluß beides."

Doch schon im Vorfeld des Krieges machten die Deutschen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. "Die Gegenseite redete gedämpft, dachte global, steckte weiträumig ihre Interessenfelder ab und wartete die Schritte der Berliner ab." Die Gemengelage, die schließlich zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges führte, wurde, so Friedrich, durch das Attentat von Sarajevo ganz bewußt entfesselt. Gerade so viele Spuren durften nach Serbien führen, daß Österreich Serbien angriff und doch so wenig, daß Rußland dem unschuldigen Serbien zur Hilfe kommen konnte. Der Rest war durch Verträge geregelt.

Dagegen wurden die legitimen Bündnispflichten Deutschlands gegenüber Österreich von der Entente nicht anerkannt. Auch die Legitimität einer österreichischen Strafaktion gegen Serbien wird von Friedrich daher nicht in Zweifel gezogen. Zu dieser bestand, "auch nach heutigen engeren Maßstäben, hinreichender Anlaß": "Der Zusammenhang zwischen dem Al-Qaida-Kommando vom 11. September 2001 und dem afghanischen Taliban-Staat war nicht enger als der zwischen der Princip-Bande und den Herrschaftsverhältnissen in Serbien."

Friedrich konstatiert für die deutsche Seite ein ehrliches, wenn auch zunächst halbherziges Bemühen um Vermittlung, das es versäumt habe, den Österreichern konkret zu sagen, daß sie einen schnellen und kurzen Schlag, etwa die Besetzung Belgrads, empfehlen würden. Als sie sich gerade zu ernsthafterer Vermittlung entschlossen, "kam, vielleicht nicht ganz zufällig, die russische Generalmobilmachung dazwischen".

Damit ist angedeutet, was Friedrich im Detail ausführt: Daß es eben in Rußland und Frankreich ein ernsthaftes Interesse am Krieg gab und man sich dort nicht durch deutsche Vermittlungen um die Gelegenheit bringen lassen wollte. Also mußten, durch die Mobilmachung Rußlands, Tatsachen geschaffen werden, die schließlich im Ersten Weltkrieg mündeten. ...

Friedrichs Buch ist damit dasjenige, das die Konsequenzen aus den neueren Forschungen am

schärfsten formuliert. Allerdings braucht man auch hier für die Lektüre einen langen Atem, weil sich diese Zuspitzungen verstreut auf tausend Seiten finden. Daß sich diese Sicht der Dinge durchsetzt, darf bezweifelt werden. Dafür läßt es sich mit der Kompromißformel von gleichverteilter Schuld zu gut leben. Sie tut keinem weh und bedient das Bedürfnis, an der Nachkriegsordnung, die 1919 errichtet und 1945 erneuert wurde, festzuhalten.

Die überwiegende Haltung der deutschen Feuilletons weist jedenfalls in diese Richtung. Allerdings bietet das von der neuen Forschung ausgebreitete Material die Basis für eine Neubewertung der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Hat sich die Kompromißformel erst einmal durchgesetzt, wird auch diese wieder zur Revision stehen, so daß vielleicht am Ende doch die Wahrheit den Sieg davonträgt. ...

Wer sich weiter jenseits der gängigen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg informieren will, kommt an dem bereits im Jahre 1999 erschienenen Band "Der falsche Krieg" ("The Pity of War") des britischen Historikers und Harvard-Professors Niall Ferguson nicht vorbei. Die FAZ urteilte:

"Beste kontrafaktische Historiographie führte Ferguson in seinem dritten Buch vor. ... Er rekonstruierte die politische Diskussion in England vor 1914 und wies nach, daß das englische Kabinett sich mehrheitlich gegen einen Kriegseintritt ausgesprochen hatte. Hätte sich diese Ansicht durchgesetzt, dann hätte Deutschland einen Kontinentalkrieg gegen Frankreich und Rußland wohl gewonnen. Das Kaiserreich hätte überdauert, die Weimarer Republik und die NS-Diktatur hätte es nicht gegeben, demokratische Strukturen hätten sich allmählich entwickelt.

Fergusons Buch wurde besonders in Deutschland heftig angegriffen. Offenbar war, wie Ferguson vermutet, den Deutschen der Gedanke an einen deutschen Sieg 1915 oder 1916 höchst unangenehm." (FAZ, 20.06.2007) ...<<

Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkaut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermübungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>**Schlafwandler? Von wegen!**

Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

Das Committee of Imperial Defence

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der

Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin. Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.

Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten

die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<